b) Die nationalen Besitzverhältnisse

Die Feststellung der nationalen Besitzverhältnisse in der Industrie der Sudetenländer erfährt insofern große Schwierigkeiten, als auch im tschechischen Siedlungsgebiet Unternehmen deutscher Fabrikanten und Aktiengesellschaften lagen. So waren die Skodawerke, die Prager Eisenindustrie A. G. und die Wittkowitzer Berg- und Hüttenwerke bis 1918 in deutschem Kapitalbesitz.

Nach den Wirtschaftsstatistischen Materialien32 ergibt sich für die wichtigsten Industriezweige nebenstehende [Scriptorium merkt an: nachfolgende] Übersicht:

[88] Prof. E. Pfohl hat in einer Arbeit: "Die deutsche Industrie in der Tschechoslowakei"33 eine Untersuchung über die nationalen Verhältnisse angestellt und ist dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Bei einem Vergleich von 1127 Werken mit mehr als 100 Arbeitern waren 192 tschechisch, 189 gemischt und 746 deutsch. Dies entspricht einem Verhältnis von 17 : 17 : 66. Weiter waren:

In der Textilindustrie 13% tschechisch, 13% gemischt; 74% deutsch;
Keramik, Glas, Porzellan im Verhältnis 1 : 14 deutsch;
Papier tschechisch zu deutsch 1 : 30;
Chemie 1 : 3;
Pelz-, Holz-, Nahrungsindustrie 1 : 4.

Ein Tscheche, Georg Hejda,34 hat im Jahre 1927 in der Pritomnost eine umfangreiche Untersuchung der nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie veröffentlicht, wobei er folgendes feststellte:

Im Steinkohlenbergbau entfielen von der Gesamtförderung zu 12,558.000 Tonnen 4,296.000 Tonnen auf tschechische, 8,262.000 Tonnen auf deutsche Gruben. Das Verhältnis war also 34% tschechische und 66% deutsche. Wenn man zum Vergleich eine amtliche Statistik heranzieht, so war nach dem Cesky financnik im Jahre 1919 noch das gesamte Betriebskapital des Bergbaues in deutschem Besitz (94% deutsch, 5,2% tschechisch).

Im Braunkohlenbergbau waren ebenfalls 80% der Förderung in deutschen Gruben. Das Falkenau-Elbogener Revier war vollkommen in deutschen Händen, die nordwestböhmischen, nordmährisch-schlesischen und südmährischen Gruben zu 75% deutsch.

Die metallverarbeitenden Industrien (Gießereien, Walzwerke, Schmieden) waren zu 67% tschechisch, 29% deutsch, 4% magyarisch. Sie beschäftigten

68% tschechische, 30% deutsche und 2% magyarische Arbeiter, dagegen 78% deutsche Ingenieure und 52% deutsche Beamten.

Die Maschinenindustrie (Maschinen, Wagen, Lokomotiven usw.) war zu 60% in tschechischem, zu 40% in deutschem Besitz.

Im Eisenhüttenwesen betrug das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen 70% zu 30%, in der allgemeinen Maschineindustrie 82% zu 18%. In der reinen Elektrotechnik waren die Deutschen mit 70% vertreten.

Die Textilindustrie war zu 90% in deutschen Händen.

Von 136 Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen waren 39 in deutschem Besitz.

[89] Die Knopfindustrie war zu 90% deutsch. Vollkommen deutsch war die Erzeugung von Steinknöpfen im Tetschen-Bodenbacher Gebiet, die Erzeugung von Porzellan- und Steinknöpfen im Gablonzer Gebiet.

In den Holzindustriebetrieben waren 1921 70.000 Arbeiter beschäftigt, davon 45% Tschechen. Die Möbelfabriken sind zu 90% deutsch gewesen, ebenso die Musikinstrumentenindustrie.

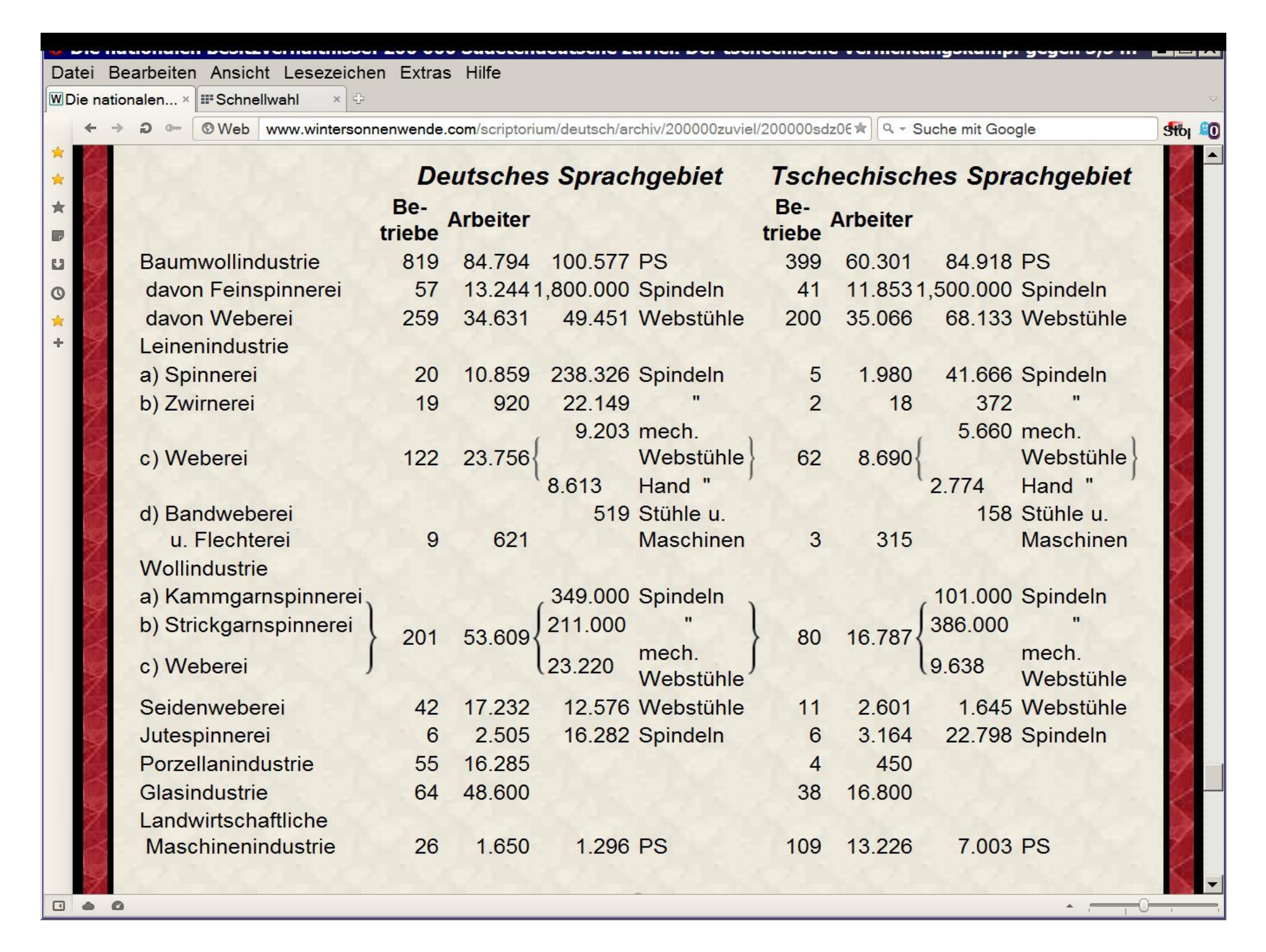
Nach der Volkszugehörigkeit der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Angestellten, Beamten und Arbeiter war diese zu 60% tschechisch und 40% deutsch oder magyarisch. Weiter sind sämtliche Kunstseidenfabriken deutsch, dagegen sämtliche Selchwarenfabriken, die exportierten, tschechisch. Die Mühlindustrie war zu 70% tschechisch.

Rohzucker wurde zu 63% in tschechischen Werken gewonnen, dagegen wurde Raffinadezucker zu 58% in deutschen Werken erzeugt. Die Hälfte der Schokolade- und Zuckerwarenfabriken war deutsch.

Die Kaffeersatzmittelindustrie war zu 55% deutsch, die Bierindustrie zu 60% tschechisch.

Die Milchverarbeitung zu Käse, Butter usw. wurde zu 66% in tschechischen Werken durchgeführt.

[90] Bieten auch diese beiden Zusammenstellungen über die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie kein vollständiges Bild, so gewähren sie immerhin eine Vorstellung. Von den 80% der ehemaligen österreichisch-ungarischen Industrie, die im Jahre 1918 zur Tschechoslowakei kamen, waren rund 80% hinwiederum deutsch.



	Deutsches Sprachgebiet				Tschechisches Sprachgebiet			
	Be-triebe	Arbeiter			Be-triebe	Arbeiter		
Baumwollindustrie	819	84.794	100.577	PS	399	60.301	84.918	PS
davon Feinspinnerei	57	13.244	1,800.000	Spindeln	41	11.853	1,500.000	Spindeln
davon Weberei	259	34.631	49.451	Webstühle	200	35.066	68.133	Webstühle
Leinenindustrie								
a) Spinnerei	20	10.859	238.326	Spindeln	5	1.980	41.666	Spindeln
b) Zwirnerei	19	920	22.149	"	2	18	372	"
c) Weberei	122	23.756	9.203 8.613	mech. Webstühle Hand "	62	8.690	5.660 2.774	mech. Webstühle Hand "
d) Bandweberei u. Flechterei	9	621	519	Stühle u. Maschinen	3	315	158	Stühle u. Maschinen
Wollindustrie								
a) Kammgarnspinnerei	201	53.609	349.000	Spindeln	80	16.787	101.000	Spindeln
b) Strickgarnspinnerei			211.000	"			386.000	"
c) Weberei			23.220	mech. Webstühle			9.638	mech. Webstühle
Seidenweberei	42	17.232	12.576	Webstühle	11	2.601	1.645	Webstühle
Jutespinnerei	6	2.505	16.282	Spindeln	6	3.164	22.798	Spindeln
Porzellanindustrie	55	16.285			4	450		
Glasindustrie	64	48.600			38	16.800		
Landwirtschaftliche Maschinenindustrie	26	1.650	1.296	PS	109	13.226	7.003	PS

Anmerkungen

29Zusammengestellt nach Hassinger a. a. O., S. 404 – 409

30Hassinger: a. a. O., S. 397 – 399

31Ing. Rudolf Haider: Die Zukunft der sudetendeutschen Wirtschaft, Teplitz-Schönau 1930.

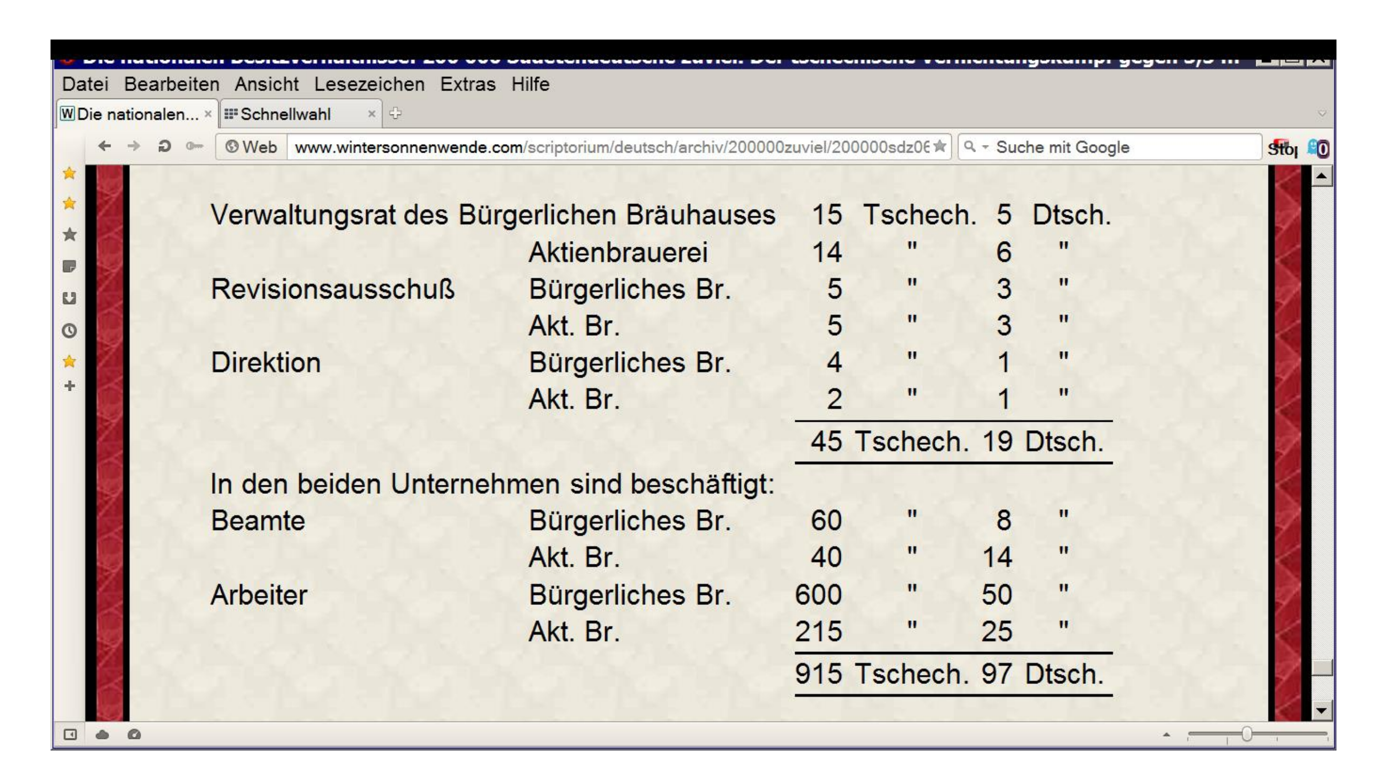
32Herausgegeben von der niederösterr. Handelskammer, Wien 1919.

33Zitiert bei Haider: a. a. O.

34Ebenda.

35Die nationale Struktur der weltberühmten Pilsener Brauereien ist folgende: Die "Vereinigten Pilsener Brauereien" stellen die Vereinigung des Bürgerlichen Bräuhauses mit der ersten Bürgerlichen Aktienbrauerei dar. Ferner wurden bei der Fusion noch mit übernommen der "Svetovar", die

"Genossenschaftsbrauerei", beide in Pilsen, ferner die Stěnowitzer Brauerei und die Alt Pilsenetzer Brauerei.



		Tschech.	Dtsch.
Verwaltungsrat des Bürgerlichen Bräuhauses		15	5
	Aktienbrauerei	14	6
Revisionsausschuß	Bürgerliches Br.	5	3
	Akt. Br.	5	3
Direktion	Bürgerliches Br.	4	1
	Akt. Br.	2	1
		45 Tschech.	19 Dtsch.
In den beiden Unternehmen sind beschäftigt:			
Beamte	Bürgerliches Br.	60	8
	Akt. Br.	40	14
Arbeiter	Bürgerliches Br.	600	50
	Akt. Br.	215	25
		915 Tschech.	97 Dtsch.

Die Aktienbrauerei unterstützt das Deutsche Theater in Pilsen, den Deutsch-Lese- und Unterhaltungsverein in Pilsen und die Deutsche Handelsakademie mit Beträgen von 3000 bis 6000 Kč pro Institution jährlich, ferner einige Pilsener deutsche Vereine mit 100 bis 300 Kč.

Das Bürgerliche Bräuhaus unterstützt das Neue Deutsche Theater und das Deutsche Haus in Prag.

Das Bürgerliche Bräuhaus erzeugt die bekannte Marke "Pilsener Urquell". Es ist rechtlich eine brauberechtigte Genossenschaft und fußt auf dem Besitze von brauberechtigten Häusern in [90] Pilsen. Die Aktienbrauerei in Pilsen gehörte früher fast ausschließlich deutschen Aktionären, besonders dem Ascher Fabrikanten und Multimillionär Geibel. Das Bürgerliche Bräuhaus Méstanský pivovar erzeugt die Marke Gambrinus und kaufte vor einigen Jahren die meisten Aktien der Aktienbrauerei auf, ferner wurde von dem B. Bräuhaus auch die Genossenschaftsbrauerei aufgekauft. (Mitgeteilt von F. Bürger, Berlin.) ...zurück...

200 000 Sudetendeutsche zuviel!
Der tschechische Vernichtungskampf
gegen 3,5 Millionen Sudetendeutsche
und seine volkspolitischen Auswirkungen.

Kurt Vorbach



I. Das österreichisch-ungarische Erbe

4. Der Verkehr

Die geographische Beschaffenheit der Tschechoslowakei setzt dem Verkehr keine besonderen Schwierigkeiten entgegen. Die Randgebirge bilden kein Verkehrshindernis, desgleichen die Hügellandschaften im Inneren des Landes. Das Karpathengebiet konnte durch eine günstige Lage der Täler ebenfalls ohne besondere Schwierigkeiten dem Verkehr erschlossen werden. Die tschechoslowakischen Ver- [91] kehrsprobleme liegen in der ungewöhnlich langen Ost-West-Ausdehnung des Staates. So braucht z. B. der Frachtverkehr aus der West- in die Osthälfte 5 - 6 Tage.

Die Sudetenländer sind mitteleuropäisches Herzland. Sie selbst liegen im Banngebiet der großen mitteleuropäischen Hauptwasserscheiden, die aber hier nicht als Verkehrsscheiden ausgebildet sind. Sie entwässern durch die Elbe und Oder zur Nord- und Ostsee und durch die Theiß und March zur Donau und haben dadurch günstige Verkehrswege nach dem Norden und Südosten. Aber auch die Adria ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages zu einem ozeanischen Ausfallstor geworden, da sie ihr

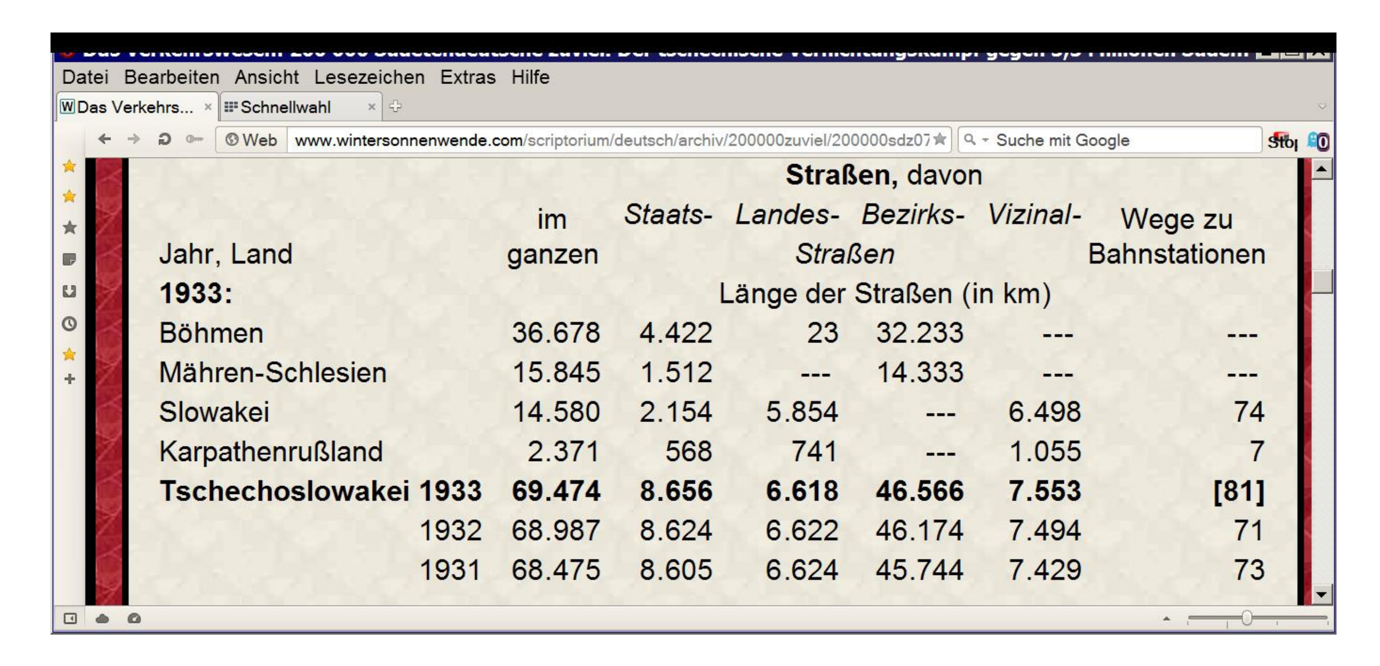
besondere Vergünstigungen im Handel mit Triest und Fiume einräumen.

Aus dem Erbe der alten österreichisch-ungarischen Monarchie übernahm die Tschechoslowakei ein gut ausgebautes Eisenbahn- und Straßennetz, das an die großen internationalen Verkehrslinien angeschlossen ist.

a) Straßen

Das gesamte Straßennetz der Tschechoslowakei hat eine Ausdehnung von rund 70.000 km. Durch die fortgesetzten Aufrüstungen im Zuge der Motorisierung der tschechischen Armee erfolgt ein weiterer Ausbau des Straßennetzes, besonders aus dem Inneren des Landes in die nördlichen und nordöstlichen Grenzgebiete.

Die Streckenverhältnisse in der Tschechoslowakei nach dem Stand des Jahres 1933, das sich inzwischen um einige hundert Kilometer vergrößert haben dürfte, zeigt folgende Übersicht:



Jahr, Land	Straßen, davon im ganzen	*Staats-*	*Landes-*	*Bezirks-*	*Vizinal-*	Wege zu Bahnstationen
		Straßen				
1933:	Länge der Straßen (in km)					
Böhmen	36.678	4.422	23	32.233	---	---
Mähren-Schlesien	15.845	1.512	---	14.333	---	---
Slowakei	14.580	2.154	5.854	---	6.498	74
Karpathenrußland	2.371	568	741	---	1.055	7
Tschechoslowakei 1933	**69.474**	**8.656**	**6.618**	**46.566**	**7.553**	**[81]**
1932	68.987	8.624	6.622	46.174	7.494	71
1931	68.475	8.605	6.624	45.744	7.429	73

b) Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Radiowesen

Insgesamt gab es in der Tschechoslowakei 4588 Postanstalten und Postanlagen, die sich auf 4349 Ortsgemeinden verteilten. Zur Postbeförderung standen täglich 2634 Eisenbahnzüge zur Verfügung, daneben 1226 eigene Postfahr- [92] zeuge. Die Gesamtzahl der beförderten

Briefsendungen in einem Jahr beträgt rund 1 Milliarde, wovon 80% auf den Inlandsverkehr entfallen. Die Gesamtlänge der Telegraphenstraßen beträgt 20.303 km, von denen insgesamt rund 10 Millionen Telegramme befördert werden. In 1908 Orten sind Fernsprechnetze errichtet worden. Die Linienlänge der Ortsnetze beträgt 22.706 km, die Leitungslänge der Ortsnetze 244.944 km, die Drahtlänge der Ortsnetze 489.710 km, die Linienlänge der Fernleitungen 17.584 km, die Leitungslänge der Fernleitungen 209.930 km, die Drahtlänge der Fernleitungen 419.860 km.

Die 8 Sendestationen des Rundfunks werden von 672.000 Empfangsgerätbesitzern angehört. Auf eine Empfangsstation entfallen 21 Einwohner.

c) Eisenbahnen

Die von Österreich-Ungarn übernommenen Eisenbahnen befanden sich zu 87% in staatlichem Besitz und gingen auch in der Tschechoslowakei sofort in Staatsbesitz über. Nur 3 große Verkehrslinien, die von Eger über Komotau - Prag führten, die Buschtehrader Bahn, die Aussig - Teplitzer Bahn und Kaschau - Oderberg-Bahn, befanden sich in Privatbesitz und wurden ebenfalls wie die kleinen privaten Kurzstrecken in Staatsbesitz überführt. Die Enteignung dieser Bahnstrecken erfolgte aus strategischen und nationalen Gründen. Eine der ersten Maßnahmen der staatlichen Bahnverwaltung für diese ehemaligen Privatbahnstrecken war die Entlassung der deutschen Beamten und Arbeiter.

Die Schienenlänge beträgt insgesamt 13.917 km. Sie wird befahren von 4675 Lokomotiven, 9224 Personenwagen und 111.130 Güterwagen.

Die wichtigsten, die Tschechoslowakei durchschneidenden Linien sind: Nürnberg - Eger - Prag - Warschau, Berlin - Prag - Wien, Berlin - Oderberg - Budapest, Berlin - Prag - Preßburg - Budapest - Sofia, Prag - Pilsen - München - Zürich, Paris - Eger - Karlsbad, Warschau - Prag - Karlsbad usw.

d) Flugwesen

Das im Aufbau begriffene tschechoslowakische Flugwesen verfügt über 8 inländische Fluglinien. Die Zahl der in beiden Richtungen zurückgelegten Flüge betrug 1935 3876, die Zahl der zurückgelegten Kilometer 602.749. Außerdem ist die Tschechoslowakei an die internationalen Fluglinien angeschlossen, auf denen im ganzen 4575 Flüge mit 1,231.610 km zurückgelegt wurden.

e) Wasserstraßen

Die Länge der schiffbaren Wasserstraßen beträgt insgesamt 469,2 km. Sie verteilen sich auf die Moldau, Elbe, Donau, Waag und Oder. Durch die Inter- [93] nationalisierung der Ströme und die Einrichtung eines Freihafens in Hamburg erstreckt sich die tschechische Schiffahrt bis an die Häfen der Weltmeere.



[1] Als Beginn der floßbaren Strecke wird der erste Ort angesehen, an dem Flöße gebunden werden.

[2] Davon entfallen auf die Moldau (von Stěchovic bis Mělnik) 84 km und auf die Elbe (von Kostelec a. E. bis zur Staatsgrenze) 128,2 km.

[3] Die angeführten 27,050 km beziehen sich auf die internationale Oderstrecke von der Oppamündung bis zur Staatsgrenze. Diese Strecke wurde bei den Friedensverhandlungen von dieser Mündung an als schiffbar erklärt. Die Flußverhältnisse sind jedoch derartig, daß derzeit tatsächlich weder Floß- noch Schiffsverkehr betrieben wird.

[93] Die Elbe bei Aussig. Vom Ursprung im Riesengebirge (1384 Meter hoch gelegen) bis zur 15 km breiten Mündung bei Hamburg fließt dieser deutsche Strom 1165 km fast überall durch altes deutsches Kulturland, wenn auch Grenzen die deutschen Menschen bei Herrnskretschen trennen. Früher wurde durch sudetendeutsche Unternehmer Millionen Tonnen Frachtgüter ins Reich und ins Ausland verladen, heute werden die Umschlagplätze in Böhmen immer stiller.

[94]

Land	Länge der befahrbaren Strecke (in km)	
	für Flöße 1	für Dampfschiffe
Slowakei	1.101,00	257,00

Karpathenrußland	377,20	---

1 Davon entfallen auf die Donau (Theben - Eipelmündung) 172 km
und auf die Waag (von Sered bis Komorn) 85 km.

Der tschechoslowakische Schiffspark bestand insgesamt aus 1279 Schiffen, die von rund 50.000 PS angetrieben werden und eine reine Tonnage bzw. Tragfähigkeit von 317.751 Tonnen aufweisen.

Es ist ein reiches Erbe, das der neue Staat angetreten hat. Die Industrie und Landwirtschaft waren hochentwickelt und gut durchorganisiert und in die Gesamtwirtschaft der alten österreichisch-ungarischen Donaumonarchie und in die Weltwirtschaft gut eingespielt.

Durch die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit, in der industrielle und agrarische Produktion sich die Waage hielten, und die Eingliederung in einen neuen Staatsverband wurden Industrie und Landwirtschaft vor völlig geänderte Verhältnisse und neue Aufgaben gestellt. Allein die Tatsache, daß der Inlandsmarkt der Industrie auf ein Viertel seines bisherigen Bestandes zusammengeschrumpft ist und die Industrie durch Zollgrenzen von dreiviertel des bisherigen Inlandsmarktes abgetrennt wurde, läßt die Schwierigkeiten für die Wirtschafts- und Handelspolitik des neuen Staates klar erkennen.

Mit der Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde eine organisch gewachsene und in ihrer Produktion ausbalancierte Wirtschaftseinheit vernichtet. Bei der Aufteilung des alten Wirtschaftsgebietes aber nach politischen und raumpolitischen Gesichtspunkten waren die in Erscheinung getretenen Mißverhältnisse in der Verteilung agrarischer und industrieller Produktion auf die Nachfolgestaaten einfach unvermeidlich.

Die staatlichen Veränderungen konnten daher nicht ohne Rückwirkung auf die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft der österreichischen Nachfolgestaaten bleiben. Es hätte einer nur den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragenden Wirtschafts- und Handelspolitik bedurft, um der Wirtschaft die bisherige Schwungkraft ungeschmälert zu erhalten und sie vor den drohenden Schäden zu bewahren.

Die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik aber sah ihre Aufgaben in einer anderen als in der rein wirtschaftlichen Richtung gelegen.



[95]

II. Die nationalpolitische Tendenz der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik

1. Allgemeine Übersicht

Die ersten Wirtschaftsführer der Tschechoslowakei, der Finanzminister Dr. Raschin, der Handels- und Wirtschaftsminister Dr. Stransky und der Generaldirektor des Banken- und Industriekonzerns "Zivnostenská banka" Dr. Preiß, aber auch die führenden Männer der tschechoslowakischen Staatspolitik haben bei der Verkündung der Grundsätze der Wirtschaftspolitik des Staates unumwunden und wiederholt erklärt, daß es vornehmliche Aufgabe der tschechischen Wirtschaftspolitik sein müsse, den Vorsprung der Deutschen in Handel, Industrie und Bankwesen aufzuholen und die Staatswirtschaft von der deutschen Industrie unabhängig zu machen. 36

Das bedeutet nichts anderes als die Absicht

die Schwungkraft der sudetendeutschen Wirtschaft zu brechen,
die tschechische Volkswirtschaft zur führenden des Staates zu machen.37

[96] Dieses Ziel sucht man zu erreichen

indem man durch staatliche Maßnahmen die sudetendeutsche Wirtschaft systematisch schwächt und allmählich zum Absterben bringt, wichtige sudetendeutsche Unternehmen durch tschechische Kapitalsbeteiligung in die tschechische Einflußsphäre einbezieht oder ihre Herstellung in das tschechische Siedlungsgebiet verlegt38 und
indem man ohne Rücksicht auf Bedarf und die Nachteile der Staatswirtschaft39 eine eigene neue tschechische Industrie im tschechischen Siedlungsgebiet aufzieht und die bestehende alte tschechische Industrie in weitestem Maße fördert und bevorzugt.

[97] In der Verwirklichung dieser nationalen Wirtschaftsziele, die nicht mehr allein das Programm des tschechischen Volkes, sondern des tschechischen Staates sind, wird unablässig gearbeitet. So wie das staatspolitische Denken der Tschechen nur von dem tschechischen Nationalstaatsgedanken beherrscht wird, so auch ihr wirtschaftliches Denken und Streben. Es ging den Tschechen gar nicht darum, das übernommene wirtschaftliche Erbe ohne Unterschied auf seine nationale Struktur zu erhalten und auszubauen. Ihr erstes Ziel blieb, selbst auf die Gefahr einer wirtschaftlichen Schwächung, die Nationalisierung des Wirtschaftslebens des neuen Staates. Und zur Erreichung ihrer Ziele sind die Machtmittel des Staates eingesetzt. Typisch für diese wirtschaftliche Einstellung der Tschechen sind die Ausführungen des bekannten tschechischen Volkswirtschaftlers Antonin Pimper, der in einem Vortrage 40 erklärte:

> "Obwohl hinsichtlich der Nationalisierung eine der führenden tschechischen Handelsbanken (Zivno-Bank) in den Nachkriegsjahren eine sehr verdienstliche Arbeit geleistet hat, muß man noch heute f eststellen, daß die Industrie in der Tschechoslowakei vielfach zu 60 bis 80 Prozent sich in deutschen Händen und unter dem Einfluß a usländischen Kapitals befindet. Von sämtlichen in der Industrie beschäftigten Arbeitern sind etwa 400 000 Tschechen und Slowaken und 650 000 Deutsche. (Diese Ziffern sind absichtlich zu hoch gegriffen, um die tschechischen Forderungen umso »notwendiger« erscheinen zu lassen. - Der Verfasser.) Das Übergewicht des deutschen und des ausländischen Kapitals äußert sich vor allem in der chemischen, der Glas-, Papier-, Zement-, Porzellan- und Textilindustrie.
>
> [98] Die Eroberung des absoluten Machteinflusses durch die Tschechen und die Slowaken in der Wirtschaft auf gewaltsamem Wege könnte niemals dauernde Bedeutung haben, denn es handelt sich nicht darum, daß diese wirtschaftlichen Positionen bloß erobert, sondern auch darum, daß sie auf die Dauer behauptet werden. Das bedeutet aber, daß die Regierungen und das Parlament als die höchsten Wächter der Interessen des Staates nicht passiv zusehen dürfen, in wie großer Zahl z. B. in einzelnen großen Industriezweigen Ausländer auf Kosten der inländischen Bürger, besonders der Tschechen und der Slowaken, beschäftigt sind."
>
> "Auch ist es nötig", fährt Pimper fort, "hinsichtlich der Nationalisierung erhöhte Aufmerksamkeit denjenigen Industriezweigen zu widmen, die innig mit der Verteidigung des Staates zusammenhängen. Die Tschechen und die Slowaken können wirtschaftliche Positionen schrittweise nur durch zielbewußte Erziehung der jüngeren Generation erobern, eine Erziehung, die die größte wirtschaftliche Selbständigkeit durch reiche praktische Erfahrungen dieser jungen Generation im Ausland anstrebt, weiter durch Verbreitung der volkwirtschaftlichen Bildung im Volk, durch gute Leistung der Geldanstalten, durch größere

Sparsamkeit des tschechischen und slowakischen Volkes und nicht zuletzt auch durch moralische Superiorität gegenüber den übrigen Nationalitäten der Tschechoslowakei.

In nationaler Hinsicht verdient besonders der tschechoslowakische Export, der bis jetzt vorwiegend auf ausländische Vermittler angewiesen ist, erhöhtes Interesse der tschechischen und der slowakischen jungen Generation. Auch wird es im Interesse des wirtschaftlichen Nationalismus sein, daß der Landwirtestand planmäßig gestärkt werde, der sich vorwiegend aus Tschechen und Slowaken zusammensetzt, daß, soweit es sich um die geplante Syndikalisierung einzelner Industriezweige handelt, Rücksicht darauf genommen werde, daß sich i n mittleren und kleinen Unternehmungen besonders junge Tschechen und Slowaken geltend machen können, was z. B. nicht möglich wäre, wenn in einzelnen Produktionszweigen ein »numerus clausus« eingeführt würde. Die Aufgabe der jetzigen und der künftigen Regierungen in der Tschechoslowakischen Republik wird es sein, in der nationalisierenden Wirtschaftspolitik eine bestimmte und feste Linie zu haben und nicht zu vergessen, daß die politische Selbständigkeit der Tschechen und der Slowaken keinen dauernden Wert hätte, wenn sie nicht auf die absolute und dauernde wirtschaftliche Selbständigkeit gestützt wäre."

Diese Ausführungen wie die an anderer Stelle wiedergegebenen Aussprüche tschechischer Wirtschaftler und Zeitungsstimmen, die aus der vorhandenen Fülle zur Charakteristik herausgegriffen worden sind, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Sicherung der Nationalstaatsidee bildet heute gleichsam das treibende Moment der tschechischen Innen- und Wirtschaftspolitik. Minderheitenschutzverträge und die selbst verkündeten Grundsätze einer humanitären Demokratie, die als oberste Forderung die Achtung der Lebensrechte und des Besitzstandes fremden Volkstums aufgestellt hat, sind vergessen. Die Richtlinien für die praktische [99] Tagespolitik sind in der nachfolgenden Entschließung41 enthalten, die in der Jubelhauptversammlung des tschechisch-nordböhmischen Schutzvereins angenommen worden war.

"Es wird u. a. verlangt, daß der im Wege der Bodenreform von tschechischen Kolonisten im Grenzgebiet erworbene Bodenbesitz um jeden Preis dem Tschechentum erhalten bleiben solle. Den Kolonisten sollen die schuldigen Zinsen abgeschrieben werden, und zwar unter Heranziehung des Jubiläumsfonds des Staatsbodenamtes." Weiter heißt es in der Entschließung: "Die beste Antwort auf die Ausbreitungssucht unserer Feinde ist die Gewinnung böhmischen Bodens durch tschechische Hände. Den Boden-Fonds des nordböhmischen Schutzvereins muß die ganze

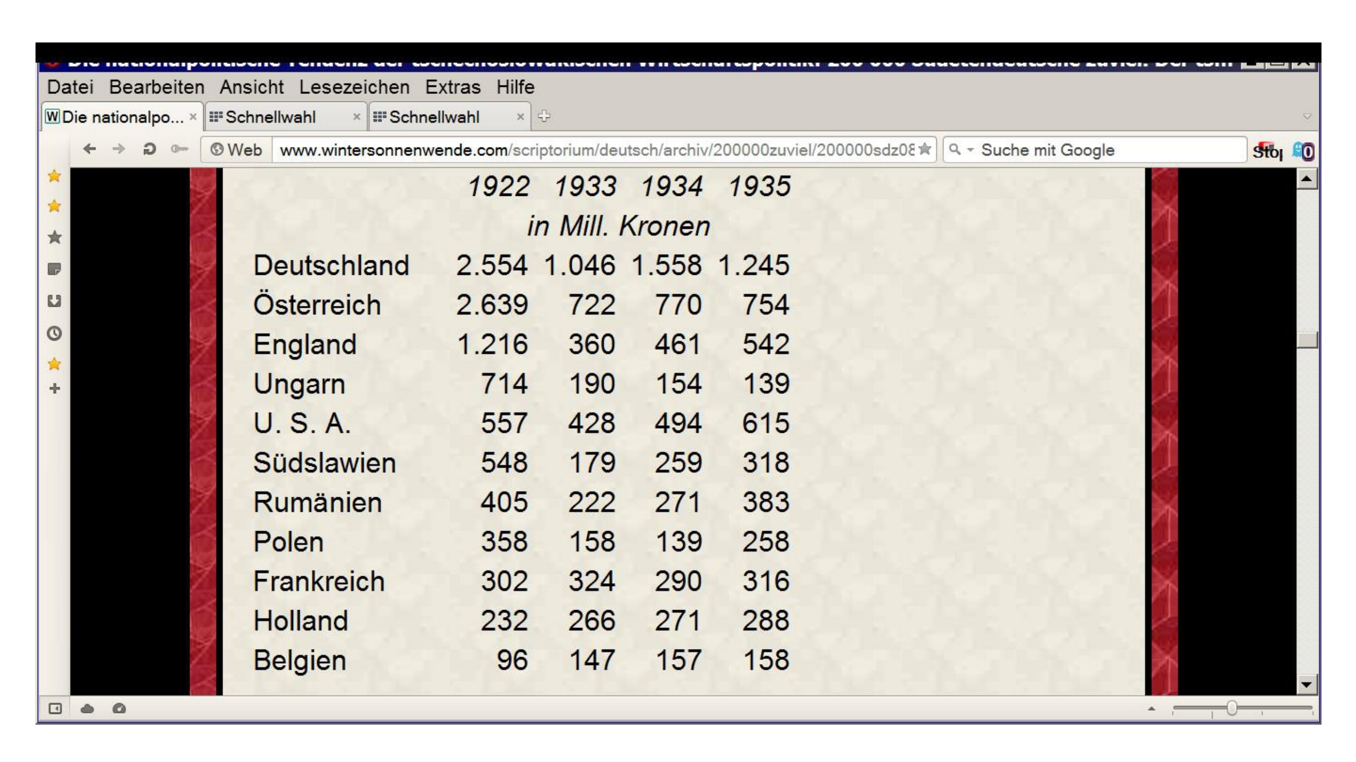
tschechoslowakische Öffentlichkeit und die Regierung unterstützen. Es soll unser Rufen nach Errichtung einer Boden-An- [100] stalt verwirklicht werden, die bei Feilbietungen Boden erwerben und verläßlichen Bürgern als Eigentum überlassen soll. Diese Anstalt soll mit genügenden Mitteln des früheren Staatsbodenamtes ausgestattet werden... Es soll ein Gesetz über die Erwerbung von Immobilien durch Ausländer herausgegeben werden.... Unsere Wirtschaftspolitik muß dahin streben, daß wir in Industrie und Handel die Herren in unserem Hause sind. Das tschechische Kapital muß danach trachten, nicht nur überall finanziell beteiligt zu sein, sondern auch daraus die Folgerungen zu ziehen, unseren Arbeiter und unseren Beamten in seiner Arbeit zu schützen.... In den staatlichen Betrieben sollen ausschließlich verläßliche Leute beschäftigt werden. Staatslieferungen sollen nur solchen Unternehmungen übertragen werden, die in genügender Weise tschechoslowakische Beamte und Arbeiter beschäftigen. Unternehmungen, die tschechoslowakische Angestellte entlassen, sollen die Staatslieferungen entzogen werden. Die Gewerbe-Inspektoren sollen tschechische Leute sein.... Das Netz unseres Geldwesens... soll vervollständigt werden, und das Bestreben unserer Geldanstalten soll es sein, unseren tschechischen Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Bauern unter den günstigsten Bedingungen Kredite zu gewähren, damit sie... gegen den deutschen Wettbewerb widerstandsfähig seien.... Den Kurorten muß der Staat erhöhte und energische Aufmerksamkeit widmen.... Das Bedienungspersonal muß die Staatssprache vollkommen beherrschen. Darauf ist bei Konzessionserteilungen zu achten.... Die Hafenplätze müssen ganz in unseren Händen sein...."

Die Tschechen haben in den Jahren ihres politischen Machtkampfes im alten Österreich die Bedeutung einer gesunden Volkswirtschaft für eine unter fremdnationaler Herrschaft stehende Volksgruppe aus eigener Erfahrung kennen gelernt und empfanden daher besonders die Überlegenheit der sudetendeutschen Industrie im Staate als ein Haupthindernis für die Verwirklichung der tschechischen Nationalstaatsidee. Es wird daher begreiflich, daß die Tschechen ihren Hebel an die sudetendeutsche Wirtschaft ansetzten, denn von der Schwächung der Wirtschaftsposition der Sudetendeutschen erwarteten sie nicht nur eine Schwächung ihrer politischen Stellung und die Stärkung ihrer eigenen, sondern auch die beste Möglichkeit, das Sudetendeutschtum zahlenmäßig zurückzudrängen.

Ist also die Wirtschaftspolitik im Innern ganz in den Dienst der tschechischen Nationalstaatsidee gestellt, die konsequenterweise auf eine Entnationalisierung oder Vernichtung der nichttschechischen Volksgruppen abzielt, so diente andererseits die Handelspolitik des Staates über das innenpolitische Ziel hinaus in den ersten Nachkriegsjahren dem französischen Imperialismus und der von ihm in Versailles getroffenen Neuordnung Mitteleuropas, indem sie auf die wirtschaftliche Niederhaltung

der drei besiegten Staaten (Deutschland, und vor allem Österreich und Ungarn) und einer wirtschaftlichen Fundierung des politischen Bündnisses und der politischen Freundschaft mit den Weststaaten eingestellt wurde. "Umorientierung nach dem Westen" war das politisch verständ- [101] liche, aber wirtschaftlich überaus gefährliche Leitmotiv der tschechoslowakischen Handelspolitik geworden. Errichtung hoher Zollmauern gegenüber den Nachbarn und Nachfolgestaaten, Drosselung des Exportes in sie und des Importes aus ihnen, Prämiierung und jegliche Förderung des Exportes nach dem Westen, waren von den vielen Maßnahmen einige, die die Tendenz erkennen lassen.

Da die sudetendeutsche Industrie gerade auf den Export in die mitteleuropäischen Staaten eingestellt war, so wurde die offizielle Prager Handelspolitik eine der gefährlichsten Waffen im Kampf gegen die sudetendeutsche Industrie. Die folgende Übersicht der Exportziffern zeigt, daß sich die natürlichen handelspolitischen Gegebenheiten stärker erwiesen als falscher machtpolitischer Wille:



	1922	*1933*	*1934*	*1935*
	in Mill. Kronen			
Deutschland	2.554	1.046	1.558	1.245
Österreich	2.639	722	770	754
England	1.216	360	461	542
Ungarn	714	190	154	139
U. S. A.	557	428	494	615
Südslawien	548	179	259	318
Rumänien	405	222	271	383
Polen	358	158	139	258
Frankreich	302	324	290	316
Holland	232	266	271	288
Belgien	96	147	157	158

[102] Diese Zahlen zeigen aber auch in aller Deutlichkeit, daß die Ausfuhr gerade in die Staatengruppe Deutschland, Österreich, Ungarn fast die Hälfte des tschechoslowakischen Exportes überhaupt aufnahm und daß gerade der Absatz in die westlichen Staaten am schwächsten war. An dieser Tatsache hat auch die Weltwirtschaftskrise relativ nicht viel geändert.

Wenn die tschechische Handelspolitik in den letzten Jahren ihre westliche Orientierung aufgegeben hat und sich nach dem Osten und Südosten orientiert und selbst mit den einst "feindlichen" Nachbarstaaten

Handelsbeziehungen aufgenommen hat, so war für diese Änderung in der Grundhaltung der tschechischen Handelspolitik neben außenpolitischen Erwägungen doch in erster Linie die Tatsache maßgebend, daß die Tschechen inzwischen einen mitbestimmenden Einfluß und Besitzanteil an der sudetendeutschen Exportindustrie gewonnen haben, auch ihre eigene neugegründete Exportindustrie unter dem Wahnwitz der bisherigen Handelspolitik zu leiden hatte und die Arbeitslosigkeit, besonders im letzten Jahre, auch im tschechischen Gebiet fühlbar wurde.

Erst jetzt finden die Forderungen der sudetendeutschen Wirtschaft nach Exportförderung teilweise in tschechischen Wirtschaftskreisen Beachtung. Allerdings liegt heute die sudetendeutsche Exportindustrie infolge der planmäßigen Drosselung ihrer Entwicklung arg darnieder und die deutschen Wünsche erfahren für die tschechischen Industrien Erfüllung. Die teilweise Änderung in der tschechischen Handelspolitik - die nationalstaatlichen Tendenzen bleiben davon unberührt - zeigt sich in der vorjährigen Programmrede des Gouverneurs der tschechoslowakischen Nationalbank, der sich nun, da die Exportindustrie in den Sudetenländern im tschechischen Besitz ist oder zumindest unter tschechischem Kapitaleinfluß steht, für eine Verallgemeinerung der Exportforderung ausspricht:

"Die tschechoslowakische Regierung sucht im Bewußtsein des Exportcharakters unseres Staates die wirtschaftliche Renaissance nicht in der Autarkie, sondern in dem Streben nach internationaler wirtschaftlicher Eingliederung des Staates. Diese Grundtendenz der Wirtschaftspolitik ist die einzig richtige und mögliche für unsere Wirtschaftsstruktur, weil wir die ausländischen Absatzmärkte durch den inneren Markt nicht ersetzen können, außer durch Bestrebungen, die eine ganze Generation erfüllen und die Vernichtung von Milliardenkapitalien bedeuten würden, ganz abgesehen davon, daß diese Änderung in jedem Falle ein tiefes Sinken des Lebensniveaus der gesamten Bevölkerung bedeuten würde...
Wir begrüßen die wirtschaftliche Grundorientierung der tschechoslowakischen Regieung, die die Grundlage zur Devalvation bildete und die davon zeugt, daß unsere Regierung die wirtschaftliche Renaissance vor allem in der Erneuerung unserer internationalen wirtschaftlichen Eingliederung sucht und nicht in der Autarkie, die für die Zeit des Krieges gut ist, aber kein Instrument zur Erhaltung des erreichten Grades von Wohlstand und Lebensstandard bildet. Freilich, ein gewisser Grad von Autarkie kann uns aufge- [103] zwungen werden, wenn man im Ausland unserer Ausfuhr unüberwindbare Schwierigkeiten bereitet."

In der letzten Zeit stehen die Wirtschaftsfragen des Donauraumes im Vordergrund des tschechischen Interesses. Aber sie werden im Bannkreis außenpolitischer Erwägungen und im Hinblick auf die bestehenden politischen Bindungen behandelt. In diesem Zusammenhange haben die

grundsätzlichen Ausführungen des bekannten sudetendeutschen Volkswirtschaftlers Dr. Karl Janovsky im sudetendeutschen Tagblatt Die Zeit42 starke Beachtung gefunden, die deshalb verdienen hier festgehalten zu werden, weil in ihnen auch die nationalpolitischen Tendenzen der tschechischen Wirtschafts- und Handelspolitik aufgezeigt sind. Dr. Janovsky führte aus:

"Alle diejenigen, die sich schon seit Jahr und Tag ernsthaft mit Donauraumfragen befassen, werden sich unschwer daran erinnern können, daß Mitteleuropapläne schon des öfteren »lebhaft gefragt« wurden; in der bisher von der hohen Politik verabreichten Form, haben sich aber noch keine ernsthaften Bieter, geschweige denn Käufer, gefunden. Pläne, welche von vornherein dem Deutschen Reiche den Charakter eines Donaustaates absprechen, und die stellenweise Deutschland nicht einmal in geopolitischer und wirtschaftsgeographischer Hinsicht als zu Mitteleuropa gehörig ansehen, gibt es zahlreiche. Unterschiedslos gehen derartige Projekte von politischen Zielsetzungen aus, die man später bemüht ist, wirtschaftlich zu untermauern, aus der Erkenntnis heraus, daß Staaten auf die Dauer politisch nur stark sein können, wenn sie auf gesunden wirtschaftlichen Pfeilern ruhen. Da uns weiters die Weltwirtschaftskrise praktisch den Untergang der Meistbegünstigungsklausel beschert hat, was gleichbedeutend mit einer dauernden Benachteiligung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Wirtschaftseinheiten ist, so scheint es nur ganz natürlich zu sein, daß die Kleinstaaten des Donauraumes neuerlich den Versuch unternehmen, sich zu einer geschlossenen Wirtschaftseinheit zusammenzufügen. Von einem kurzsichtigem politischen Standpunkte aus gesehen, ist es sogar begreiflich, daß man Bedenken hat, in die jeweiligen Lösungsversuche das Deutsche Reich von vornherein einzuschalten.

Vollkommen sachlich betrachtet ergibt sich damit die folgende Frage: Sind wirtschaftliche Donaukombinationen im Kleide der politischen Zielsetzung der Kleinen Entente, mit und ohne weitere Anhängsel, möglich oder nicht? Bei unserer Antwort müssen wir uns nicht einmal so sehr auf das Prophezeien verlegen, denn die Aufrichtung einer slawischen Wirtschaftsentente war ja bereits das Ziel mannigfacher Konferenzen in den vergangenen fünfzehn Jahren. Es sei beispielsweise auf die mehrfachen Unterhaltungen von Bukarest und Sinaia erinnert. Trotz dem unzweifelhaft vorhandenen politischen guten Willen aller drei Gesellschafter ist man aber auf diesem Gebiete bisher nicht einen Schritt weiter gekommen. Wer sich das seit Jahren aufgestellte Wirtschaftsprogramm der Kleinen Entente näher besieht, der wird lediglich feststellen können, daß dieses wohl reich an Punkten, aber im Vergleich zu dem vorschwebenden Ziele mehr als dürftig im Inhalt ist. (Abschluß von Rechts- [104] hilfeverträgen und Exekutionsmöglichkeit tschechoslowakischer Urteile in Jugoslawien und Rumänien, Beseitigung mannigfacher Verkehrshindernisse bei Eisenbahn und Schiffahrt, Schaffung gegenseitiger Auslandskammern usw.) Selbst die

restlose Verwirklichung sämtlicher Programmpunkte minderer Bedeutung kann noch keinen einheitlich ausgerichteten, slawischen Wirtschaftsblock im Herzen Mitteleuropas schaffen, wenn die innere Gemeinsamkeit im Sinne einer sich gegenseitig ergänzenden Wirtschaftsstruktur fehlt. Seit dem Zerfall der internationalen Geldwirtschaft sowie der Aufhebung der Freizügigkeit des Kapitals können wir diese Feststellungen an zahlreichen Punkten anschaulich machen. Wenn man an den gegenseitigen Handelsverkehr Tschechoslowakei - Rumänien denkt, so weiß jeder Bescheid, der nur einen Meterzentner Ware in den letzten Jahren dorthin geliefert hat. Unsere im Clearing festgefahrene, in die Hundertmillionen gehenden Außenstände frieren dort von Jahr zu Jahr fester ein und unsere Industrie muß auf ihre Kosten Millioneneinbußen unter dem Titel ständiger Zinsen- und Kurzverluste tragen. Daß sich im rumänischen Beispiel die politische Freundschaft selbst beim besten Willen beider Partner nicht gleichzeitig wirtschaftlich ausnützen läßt, ist auf die mangelnde wirtschaftsgeographische Übereinstimmung der beiden Volkswirtschaften zurückzuführen. Im Gegensatz hierzu ist der wechselseitige Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland im ständigen Steigen begriffen.

Dem wertmäßigen Umfange nach ist er ungleich größer als der Handelsverkehr zwischen Prag und Bukarest; außerdem hat er den großen Vorteil, daß er beiderseitig auf gesunden Grundlagen ruht. Deutschland ist nämlich ein dauernder Hauptabnehmer folgender rumänischer Güter und Waren: Gerste, Mais, Eier, Nutz- und Bauholz, sowie Mineralöle. Soweit die Tschechoslowakei in Betracht kommt, so kann sie einzelne dieser Hauptausfuhrartikel Rumäniens überhaupt nicht brauchen, da sie hinsichtlich dieser Güter selbst beträchtliche Ausfuhrinteressen hat (Rund- und Schnittholz). Mannigfache andere typische rumänische Landeserzeugnisse kann sie wiederum im Vergleiche zu Deutschland nur in verhältnismäßig geringfügigen Mengen abnehmen. Diese Umstände bringen es mit sich, daß das Berlin-Bukarester Clearingsystem im Gegensatz zu dem tschechoslowakisch-rumänischen geradezu ausgezeichnet arbeitet. Der reichsdeutsche Exporteur bekommt sein Geld aus der zuständigen Verrechnungskasse umgehend ausgezahlt, weil sich eben Ein- und Ausfuhr ungefähr die Waage halten. Soweit unsere Industrie, unbeschadet der bitteren Erfahrungen, trotzdem noch den rumänischen Markt bedient, so ist dies einzig und allein darauf zurückzuführen, daß man in Anbetracht der vollkommenen Absperrung von den gesunden Auslandsmärkten heutzutage bereits die gefährlichsten und verlustbringendsten Geschäfte wagt; der jeweilige Ausgang wird dann je nach der religiösen Einstellung der bloßen Vorsehung oder dem lieben Herrgott überlassen. Abgesehen davon gibt Rumänien vielfach gar nicht die Bewilligung zur Einfuhr aus der Tschechoslowakei.

Die dortigen Wirtschaftsstellen wollen nämlich die Schuldlawine gegenüber Prag nicht noch weiter anwachsen lassen. Die Bukarester Behörden, welche die Einfuhr überwachen, verlangen deshalb ausdrücklich,

wie sich dies schon hinsichtlich mehrfacher Maschinenlieferungen zutrug, den Bezug aus Deutschland, weil sich eben die Berlin-Bukarester Wirtschaftsbilanz vom [105] Standpunkte des Soll und Haben schon seit Jahren befriedigend entwickelt. Ähnlich liegen die gegenseitigen Warenaustauschverhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslavien. Auch hier ist eine Hundertmillionensumme im Clearing dauernd eingefroren; allerdings geht die allmähliche Flüssigmachung und der gesamte Abrechnungsverkehr in weitaus geregelteren Formen vor sich. Wenn wir aber nur andeutungsweise unser Ausfuhrvolumen nach Jugoslawien verstärken wollten, würde unsere Industrie kurz über lang in die gleiche katastrophale Lage kommen, wie wir sie mit Rumänien aufweisen.

Da sich nun einmal die Gesellschafter der Kleinen Entente gegenseitig wirtschaftlich nichts bieten können und der politische Wunderglaube, daß man Berge versetzen könne, nicht mehr zieht, so sieht man sich ganz natürlicherweise nach weiteren Bundesgenossen um. Dabei denkt man abwechselnd an Ungarn, Österreich und Bulgarien. Da je nach der jeweiligen politischen Lage im Donaubecken, dieser oder jener der erwähnten Staaten in die Wirtschaftskombination mit einbezogen wird, sollen im nachfolgenden über alle diese Möglichkeiten einige grundsätzliche Feststellungen gemacht werden. Zieht man Ungarn in den Plan mit ein, so werden bereits in dem Augenblicke, als man an die praktische Verwirklichung denkt, die recht erheblichen Schwierigkeiten offenkundig. Unser gegenseitiger Warenaustausch ist in den letzten Jahren zu unserem Normalvolumen auf ein nicht mehr zu unterschreitendes Mindestmaß gesunken. Selbst dieser winzige Austauschverkehr funktioniert höchst unerfreulich, soweit die Überweisungsmöglichkeit des Gegenwertes für die ausgeführten Waren in Frage kommt. Unbeschadet der augenblicklich vielleicht etwas freundlicheren politischen Einstellung Budapests gegenüber der Kleinen Entente ist Ungarn wirtschaftlich bereits gegenüber Deutschland gebunden. Man kann bereits heute ruhig aussprechen, daß sich die ungarische Nationalwirtschaft in den letzten zwei Jahren schon in ganz erheblichem Maße auf den reichsdeutschen Absatzmarkt eingespielt hat. Die ungarische Volkswirtschaft hat nämlich einen erheblichen Teil ihres Neuaufbaues nach den Grundsätzen nationalwirtschaftlicher Ergänzung mit Deutschland vollzogen. Außerdem haben die sich daraus ergebenden gegenseitigen Austauschbeziehungen bereits zwischen Budapest und Berlin ihre weitestgehende handelspolitische Auswertung gefunden. Die ungarische Wirtschaft hat bereits Anfang 1934 endgültig gewählt; in diesem Punkte muß die jeweilige ungarische Politik diese Option wohl oder übel anerkennen, denn hier geht es um letzte Lebensfragen des ungarischen Volkes.

Was nun Österreich betrifft, so ist unser Handelsverkehr mit diesem Lande auch heute noch ein recht belangreicher. Im Gegensatz zu Rumänien oder Jugoslavien, ist der gegenseitige Zahlungsverkehr nicht unbefriedigend (das ist darauf zurückzuführen, daß Österreich auch heute noch uns gegenüber, wenn auch eine passive Warenbilanz, so doch eine aktive

Zahlungsbilanz aufweist). Ein zusammen mit Ungarn oder etwa allein erfolgender Beitritt Wiens zum wirtschaftlichen Gebilde der Kleinen Entente kann nur unter folgenden Gesichtspunkten beurteilt werden: Österreich verlangt von der Tschechoslowakei seit Jahr und Tag eine entgegenkommende Handelspolitik, damit es diesem Staate möglich werde, die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei um rund 100 Millionen Kronen zu erhöhen. Diese Forderung, [106] welche die Wiener Unterhändler nicht müde werden zu wiederholen, würde natürlich ungleich größer werden, wenn man Österreich bewegen wollte, dem Donauprojekt praktisch beizutreten. Für die Tschechoslowakei würde dies bedeuten, daß unsere an und für sich nur noch schwach atmende Wirtschaft auf eigene Kosten die österreichische Konkurrenz gesund machen müßte.

Wir müßten zahlreiche, insbesondere in der Nachkriegszeit geschaffene eigene Betriebe dauernd stillegen, ausschließlich zugunsten der Vergrößerung der österreichischen Absatzgrundlage. Gleichzeitig müßte man Wien auf Kosten Prags und Preßburgs wieder die erste Geige im Durchgangsverkehr nach dem Südosten und dem Orient spielen lassen. Wenn man bedenkt, daß (Neu-)Österreich im Vergleich zu (Alt-)Österreich um rund 18 Prozent mehr fabriksmäßige Betriebe aufweist, so kann man sich ungefähr die Rechnung vorstellen, die uns Wien zur Begleichung vorlegen würde. Diese Rechnung zu bezahlen, dazu ist unser Wirtschaftskörper viel zu schwach. Wir könnten sie bestenfalls im Laufe von Jahrzehnten »abstottern«. Trotzdem Ratenzahlungen heute so beliebt sind, ist damit Österreich keineswegs gedient. Wien braucht sofortige und durchgreifende Hilfe und keine Wechsel auf die Zukunft.

Bulgarien ist ebenfalls, wie Ungarn, der Wirtschaftskonjunktur nach mitteleuropäisch ausgerichtet. Wer Bulgarien den Tabak abnimmt, ist der wirtschaftliche Herr. Und da rund 70 Millionen Menschen mehr Tabak verbrauchen als 14.5 Millionen Seelen, ganz abgesehen davon, daß in der Slowakei Tabak angebaut wird, und die Tschechoslowakei hinsichtlich der Tabakeinkäufe ständig auch noch Jugoslawien, Griechenland und die Türkei berücksichtigen muß, so ist auch hier unschwer zu erraten, wo die wirtschaftlichen Interessen Sofias lebenswichtig verankert sind.

Wenn der Verfasser diese Feststellungen macht, so darf er ruhig darauf hinweisen, daß diese auf ein beinahe zwei Jahrzehnte währendes, sorgfältiges Studium mitteleuropäischer Wirtschaftsfragen zurückgehen. Alle diese flüchtigen und nur in äußeren Umrissen gemachten Bemerkungen könnten unschwer noch weiter beweiskräftig und schlüssig ausgestaltet werden, wenn nicht eine derartige Behandlungsweise den Rahmen einer Betrachtung innerhalb einer Tageszeitung sprengen würde.

Aber schon aus dieser andeutungsweisen Darstellung zeigt sich deutlich, daß jede mitteleuropäische Konzeption in wirtschaftlicher Beziehung die natürlichen Raumgesetze unbedingt beachten muß. Unter Heranziehung eines Vergleiches mit dem menschlichen Organismus, stellt sich das Mitteleuropaproblem folgendermaßen dar: Alle jene Lösungsversuche sind

früher oder später zum Scheitern verurteilt, welche einen lebenden Körper etwa ohne Kopf und Arme und mit einem nur teilweisen Rumpfstücke zusammensetzen wollen. Organisch betrachtet ist nämlich der gesamte mitteleuropäische Raum trotz dieser durchziehenden Staats- und Zollgrenzen eine lebende Einheit, in welcher den Landstrichen grundverschiedene Bedeutung zukommt. Das Herz, das hat seinen Lageort in Österreich, während die unteren Partien im Südosten (Balkan) gelegen sind. Der Rumpf des Riesen nimmt dagegen auf die politischen Staatsgrenzen keinerlei Rücksicht, denn er ist in der Ländergruppe Tschechoslowakei, Deutschland und Ungarn beheimatet. Deutschland beherbergt aber außerdem noch in seinem Gebiete den Kopf, wie es auch den Armen Unter- [107] kunft gibt, welche nach der einen Seite systemverbindend nach dem Westen und auf der andern wechselweise nach dem Norden und Osten ausgreifen. Diese systemverbindende Funktion teilt Deutschland mit der Tschechoslowakei, die ebenfalls zahlreiche und bedeutende Querverbindungen zu den benachbarten Wirtschaftsblöcken im Westen und Osten unterhält. Desgleichen verläuft die mitteleuropäische Hauptschlagader zwischen Prag und Berlin, welche wiederum bestimmend für die jeweilige österreichische Herzfunktion ist. In dieser organischen Beleuchtung des Problems wird jedermann das Vergebliche aller jener Lösungsversuche offenkundig, welche einen lebendigen Körper ohne Kopf und ohne Arme und mit einem nur teilweisen Rumpfstücke zusammensetzen wollen. Solche Pläne sind unmöglich, da sie sich gegen die Gesetze organischen Lebens versündigen."

Es sei an dieser Stelle nicht unerwähnt gelassen, daß sich auch aus tschechischen Wirtschaftskreisen einzelne Stimmen erhoben, die sich von den neuen Plänen und der Kleinen Wirtschaftsentente nicht viel versprachen. Als das Generalsekretariat der tschechoslowakischen Sektion der "Kleinen Wirtschaftsentente" umfangreiche Erhebungen in Angelegenheit der industriellen Zusammenarbeit der "Kleinen Entente" pflegte - es handelt sich um die Beseitigung aller Hindernisse, auf welche bisher die Bestrebungen nach Errichtung von Fabriks- [108] unternehmungen und ihrer Filialen durch Angehörige eines Staates der "Kleinen Entente" in den beiden anderen stießen - bemerkte der tschechische Volkswirtschaftler V. Novak in den Lidove Listy:

"Es handelt sich um etwas Ähnliches, was wir in der Zeit gesehen haben, da unsere Maschineindustrie im Ausland Industrieunternehmungen eingerichtet hat. Die Böhmisch-Mährische Kolben-Danek erhielt den Auftrag, zwei Zuckerfabriken in Persien einzurichten. Die Skodawerke richteten Zuckerfabriken in England ein, andere Maschinenfabriken solche in Holland, Sowjetrußland und in anderen Staaten. Das wurde als Erfolg unserer hochstehenden Maschinenindustrie bezeichnet, aber tatsächlich wurde dies zum Grabe für eine ganze Reihe anderer Produktionszweige. Es handelt sich nicht bloß um die Zuckerindustrie, sondern auch um andere Industrien.

Während wir Industrien verschiedener Art in Staaten schaffen, in welche wir früher selbst exportierten, verloren wir ein Absatzgebiet nach dem anderen. Und das wurde als Erfolg hingestellt.... Wir werden jetzt für Rumänien und Jugoslawien tüchtige Arbeiter und Fachleute heranbilden, aber unsere Textil- und Glaswaren, unsere Eisenwaren usw. werden wir ins Museum stellen können. Unsere Erzeugnisse werden dann auf dem Weltmarkt nicht bloß auf die bisherige scharfe Konkurrenz, sondern auch auf den Dumping-Wettbewerb der beiden genannten Staaten der »Kleinen Entente« stoßen. Wohin wird das [109] führen?... Wie groß wird dann erst die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei werden? Ist die »Kleine Wirtschaftsentente« gegründet worden, damit die Wirtschaft der Tschechoslowakei ganz zugrundegerichtet wird?"

Für die Entwicklung der sudetendeutschen Industrie entscheidend war die Tatsache, daß die tschechische Handels- und Wirtschaftspolitik ihren Exportnotwendigkeiten nicht Rechnung trug. Gerade in den Jahren nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit und bei den nach dem Kriegsausgang bedingten entscheidenden Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt wäre eine weitestgehende Förderung und Beachtung der Wünsche der Industrie notwendig gewesen. Sie unterblieb, wie die Unterstützung im Innern aus den eingangs aufgezeigten Gründen.

Es ist nicht Zweck und Aufgabe dieses Buches, die einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Strukturveränderungen im Staatsleben aufzuzeigen und die handelspolitische Entwicklungslinie aufzuzeigen. Einzelmaßnahmen und Gesamtauswirkungen der tschechischen Wirtschaftspolitik zeigen in erschütternder Deutlichkeit ihre nationalpolitischen Tendenzen, die vor allem auf Vernichtung der sudetendeutschen Wirtschaft hinausliefen und von Erfolg begleitet waren, was aufgezeigt werden soll, da es tschechischerseits bestritten wird.



36 Deutsche Zeitung Bohemia, Prag, 13. Mai 1919. - Hassinger, a. a. O., S. 461

37 Bei einer militärischen Feier in Podersam erklärte ein tschechischer Redner in aller Öffentlichkeit: "Wir Tschechen müssen trachten, daß wir die Industrie an uns reißen. Solange nicht der letzte Kamin der deutschen Fabriken verschwindet (!!) und das deutsche Kapital in unseren Händen ist

(!!), solange müssen wir kämpfen..." (Bohemia, 7. VII. 1923.) - "...Wir haben in der Tschechoslowakei viele nationale Positionen zu erobern", so schrieb der agrarische "Venkov". "Da geht es um wirtschaftliche Eigentums-, Erzeuger-, Handels- und Unternehmerpositionen, so daß jeder, angefangen vom Schaffner und Arbeiter bis zum Herrn Preiß (führender tschechischer Finanzmann, Präsident der Zivno-Bank) hinauf die Möglichkeit hat, statt hohlen Geschreis und statt Vorwürfen gegen die Regierung Malypetr, zu zeigen, was er in nationaler Beziehung kann. Ich verstehe den Nationalismus so, daß wir die Aufgabe haben, die häufig wirtschaftlich von der Minderheit abhängige Mehrheit in eine Mehrheit umzuwandeln, die ohne diese Macht in den eigenen Händen nicht existieren soll und darf... Unsere nationale Pflicht ist, die Position der wirklichen Macht zu erobern, das heißt, bildlich gesprochen, unser Volk darf nicht in fremden Fabriken und Schächten arbeiten, es darf nicht der Magazineur eines fremden Großhandelshauses, es darf nicht das Dienstmädchen und die Amme der Reichen der anderen Nation sein." [96] - "Lidové Listy" (Nr. 23) 25. I. 35, schreiben unter dem Hinweis darauf, daß zum Direktor des Zementkartells ein Deutscher ernannt werden soll, u. a.: "Nach dem Umsturz glaubten wir, daß die Verwaltung unserer Dinge wieder in die Hand unseres Volkes zurückgekehrt ist. Die Wirklichkeit zeigt uns, wie wir uns geirrt haben. Auf den Bau unserer politischen Befreiung muß die Kuppel der wirtschaftlichen Befreiung gesetzt werden. In dieser Hinsicht muß absolut kompromißlos gefordert werden, daß alle unsere wirtschaftlichen Dinge von Tschechen und Slowaken geleitet werden." - Die Prager Tageszeitung "Ceske Slovo" veröffentlicht, wie "Der Sudetendeutsche" im Juli 1936 berichtet, einige Aufsätze über die Notwendigkeit der Tschechisierung der sudetendeutschen Randgebiete. Das Blatt schreibt u. a.: "Wir haben wiederholt gesagt, daß eine zweite Bodenreform nötig ist, die ohne Aufschub vor allen Dingen in den Grenzgebieten durchgeführt werden muß. Für die tschechische Industriearbeiterschaft und die tschechischen Landarbeiter haben wir im Grenzgebiet nur eine Möglichkeit, die staatliche und nationale Aufgabe, die uns die Verteidigung der Republik auferlegt, zu lösen: die Parzellierung aller sogenannten Restgüter und die Enteignung aller jener Güter, die dafür in Frage kommen. Auf diesem Grundsatz muß die Errichtung von bäuerlichen Anwesen und kleinen Bauernkolonien erfolgen."

38 In den ersten Jahren begnügte man sich damit, die kaufmännischen Abteilungen der großen Betriebe in die Hauptstadt Prag zu verlegen, später aber veranlaßte man die Verlegung der Produktionsstätten. Im Verlauf der Prager Kammerdebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1935 kündigte der Verteidigungs- und Kriegsminister Bradatsch an, daß nunmehr die Regierung alle Vorbereitungen getroffen hat, um die Industrie aus den Grenzgebieten in das Innere des Landes zu verlegen, da ihre Standorte vielfach ungünstig gelegen seien und die Militärverwaltung "bei einem Konflikt" nicht in Mitleidenschaft gezogen werden dürfe. So wurde z. B. die Produktion des Walzwerkes in Neudek im Erzgebirge in die tschechische

Karlshütte in Mähren verlegt, wodurch mehr als 3000 Menschen dem Hungerelend preisgegeben wurden, weil das Neudeker Walzwerk das einzige große Industrieunternehmen im weiten Umkreis gewesen ist. - In der jüngsten Zeit hat wegen der besonderen Umstände die Verlegung der Mineralölraffinerie der Apollo A.-G. des Mährisch-Schönberger Betriebes nach Preßburg besonderes Aufsehen erregt. Die A.-G., im alten Österreich eine ungarische Gründung, gehört auf dem Umweg über die Apollo Naphtha-Handels-A.-G. einem französischen Konzern an, der Societé française industrielle et commerciale des Petroles, Paris. - Die Papierfabrik "Pötschmühle" bei Böhmisch-Krummau ist mit ihren 1600 Arbeitern und 400 Beamten und Angestellten die weitaus größte Fabrik Südböhmens. Durch die bei der Herstellung von Sulfit-Zellulose erzeugten Abwässer wird die Moldau stark verunreinigt, weshalb Oberlandessanitätsinspektor Dr. Groh ein Gutachten ausgearbeitet hat, in [97] dem die Einschränkung der Erzeugung von Sulfit-Zellulose gefordert wird. Durch die Außerbetriebsetzung von zwei bis vier Zellulosekochern sind mehr als 600 deutsche Arbeiter in ihrer Existenz bedroht; darüber hinaus aber besteht die Gefahr, daß mehrere hundert deutsche Holzfäller um ihre Arbeit kommen. Böhmisch-Krummau würde damit zu einem zweiten Rothau werden.

Im Sachverständigengutachten heißt es, daß das Interesse des Staates durch die Betriebseinschränkung keineswegs verletzt werde, denn mit der Durchführung dieser Maßnahme werde eben die Zelluloseerzeugung in einem anderen Teil der Republik automatisch um das steigen, um was sie hier eingeschränkt wird. Es besteht die Absicht, wie verlautet wird, daß die Papiererzeugung, insbesondere in der Westslowakei erhöht werden soll, um den dortigen Staatsforsten die Möglichkeit erhöhten Holzabsatzes zu sichern. - Die Kesselanlage der Fabrik Hermann Polaks Söhne in Dörfel wird abgetragen und in das Innere Böhmens überführt. Damit schwindet unter der dortigen deutschen Bevölkerung die letzte Hoffnung, daß der 1928 stillgelegte Betrieb je wieder aufgenommen wird. Die Firma beschäftigt nahezu 250 deutsche Arbeiter.

39 Im Verlaufe einer Prager Kammerdebatte erklärte der derzeitige tschechische Ministerpräsident Hodza als Antwort auf die an der tschechischen Boden- und Wirtschaftspolitik geübten Kritik, daß ihm an den vorübergehenden Verlusten nichts liege, die Hauptsache für ihn sei die Erreichung der angestrebten Ziele. Diese Erklärungen lösten bei den tschechischen Abgeordneten lebhaften Beifall aus.

40 Bericht in der Reichenberger Zeitung vom 24. Januar 1935.

41 Venkov, Prag Nr. 132 vom 18. Juni 1935.

42 10. Januar 1936..

**200 000 Sudetendeutsche zuviel!
Der tschechische Vernichtungskampf
gegen 3,5 Millionen Sudetendeutsche
und seine volkspolitischen Auswirkungen.
Kurt Vorbach**



II. Die nationalpolitische Tendenz der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik

2. Die "legalen" Maßnahmen gegen das Sudetendeutschtum

Der erste entscheidende Schlag gegen die deutsche Wirtschaft erfolgte im Februar 1919, als der tschechische Finanzminister Dr. Raschin plötzlich die wechselseitige Übertragung von Guthaben und Depots aus den übrigen Teilen der früheren Monarchie in die Tschechoslowakei und umgekehrt sperrte. Die der Regierung nahestehenden tschechischen Banken waren über die kommende Maßregel orientiert und mit Zahlungsmitteln gut versorgt, während die deutschen Geldanstalten der Sudetenländer und die in der Tschechoslowakei liegenden Filialen der Wiener und Budapester Großbanken sowie deutsche und ungarische Firmen, die noch ihre bedeutenden Guthaben in den beiden früheren Hauptstädten bei der Postsparkasse und in den Banken liegen hatten, durch jene Verordnung die Verfügung über ihre Geldmittel verloren. Sie mußten nun Kredite bei tschechischen Geldinstituten, besonders bei der "Zivnosteska banka" aufnehmen, die nur unter der Bedingung der Einräumung der Beteiligung an den um Kredit bittenden Unternehmungen gewährt wurden. Damit hatte sich das tschechische Kapital mit einem Ruck Einfluß auf die deutschen Industrie- und Handelsunternehmungen gesichert.43

[110] Die Verweigerung der Bezahlung der Kriegslieferungen an die alte k. u.

k. Armee durch die tschechische Regierung war der zweite harte Schlag gegen die deutsche Wirtschaft. Bei der wirtschaftlichen Struktur des alten Österreichs fiel der größte Teil der industrielle Kriegslieferungen der sudetendeutschen Wirtschaft zu und sie war es auch, die von dieser Verfügung am härtesten getroffen wurde. Über den tatsächlichen Verlust sind keine amtlichen Ziffern veröffentlicht worden. Nach privaten Schätzungen wird die österreichische Staatsschuld an die Industrie mit 4.5 Milliarden Friedenskronen angegeben.

Die Nichteinlösung der gezeichneten Kriegsanleihen war eine weitere Maßnahme, von der das gesamte sudetendeutsche Volksleben auf das allerhärteste betroffen und erschüttert wurde. An der Zeichnung österreichischer Kriegsanleihe hatte das Sudetendeutschtum hervorragenden Anteil. So wurden z. B. bei der 2. Kriegsanleihe in Böhmen 82% von den Deutschen und nur 18% von den Tschechen gezeichnet (Nationalitätenverhältnis zwischen Deutschen und Tschechen 1 : 2), d. h. 217 K auf den Kopf der deutschen, 26,3 K auf den der tschechischen Bevölkerung. Bei der 4. Anleihe zeichnete die Zentralbank der deutschen Sparkassen 333 Millionen Kronen, die der tschechischen 57 Millionen Kronen. Die tschechischen Sparkassen hatten 7.5% ihrer Einlagen in Kriegsanleihe angelegt, die deutschen 77%. Von den rund 8 Milliarden Kronen, die in den Sudetenländern gezeichnet wurden, entfielen 89% auf die Sudetendeutschen. Die Nichteinlösung der österreichischen Kriegsanleihe der Prager Regierung führte nicht nur zu einer allgemeinen Schwächung des sudetendeutschen Volksvermögens, sondern zugleich zu einer Vernichtung tausender und abertausender Existenzen. Daß das beabsichtigt war, geht aus einer Äußerung der tschechischen Tribuna hervor, die am 17. Mai 1922 schrieb: "Interessant ist, daß ein Bankdirektor (gemeint ist Dr. Preis von der Zivnobank - Der Verf.) in der Annullierung der Kriegsanleihe das Rezept gefunden haben wollte, die deutsche Industrie zu tschechisieren. Er sagt: Die deutsche Industrie wird die Nichteinlösung der Kriegsanleihe nicht aushalten und durch die tschechischen Banken auf diese Weise am leichtesten tschechisiert werden."44

Es bedarf keiner erläuternden Worte, daß diese Maßnahme die gesündeste Wirtschaft erschüttern und sie an einen fremden Geldmarkt verkaufen mußte.

Nach dieser allgemeinen Schwächung des sudetendeutschen Wirtschaftslebens in den ersten Nachkriegsjahren begann man mit einer Übersteuerung der Industrie und des Bergbaues durch die Verlagerung des Schwergewichtes von der Personal- auf die Verbrauchssteuer. Daß davon wieder nur die Sudetendeutschen [111] betroffen wurden als Industrievolk, beweist u. a. die vom tschechischen Senatspräsidenten Klofac im Senat 1923 mitgeteilte Tatsache, daß aus den sudetendeutschen Industriegebieten allein 56% aller staatlichen Steuern eingehen! Wenn diese Steuerkraft trotz der

mißgünstigen Behandlung deutscher Industrieller und Kaufleute bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen, der Begünstigung der tschechischen Großbanken bei den finanziellen Transaktionen des Staates, und bei der behördlichen Ausforschung der Geschäftsgebarung deutscher Banken und Aktiengesellschaften zum Vorteil der tschechischen Konkurrenzunternehmungen durch Kontrollkommissionen, welche die Geschäftsbücher einsahen, in den ersten Jahren möglich war, so beweist sie zugleich die ungeheuere Wirtschaftsstärke der sudetendeutschen Industrie.

Die im März 1919 eingeleitete Währungstrennung und Abstempelung der Noten der österreichisch-ungarischen Bank und die später durchgeführte Vermögensabgabe führte zu einer weiteren Schwächung der grenzdeutschen Industrie. Bei der Nostrifizierung der Banken, Versicherungs- und industriellen Aktiengesellschaften wurden, um Schwierigkeiten zu entgehen, tschechische Partei- und Finanzmänner in die Verwaltungsräte der deutschen Unternehmungen aufgenommen, wodurch die weitere Existenz deutscher Unternehmen überhaupt erst garantiert wurde. Sie erhielten dadurch utraquistischen Charakter und zumeist einen doppelsprachigen Beamtenkörper.

Zu all diesen innenstaatlichen Maßnahmen kam die systematische Ausschaltung der sudetendeutschen Industrie von den staatlichen Großlieferungen und die Benachteiligung der deutschen Wirtschaft bei der Kontingentierung der Rohstoffe und der Produktion.

Durch das im Jahre 1922 erfolgte Hinauftreiben des Kurses der Krone auf das Dreifache sind die Guthaben der Industrie im Auslande, besonders in den Balkanländern, uneinbringlich geworden.

Aus nationalpolitischen Erwägungen sieht das Sudetendeutschtum mit Besorgnis, wie die von der sudetendeutschen Wirtschaft aufgebrachten Mittel in tschechische Hände übergehen. Denn überall dort, wo der Staat entweder als Unternehmer (Tabakregie, Eisenbahnen, Post usw.) oder als Investor (Vergebung von Lieferungen, Durchführung öffentlicher Arbeiten) auftritt, findet das Sudetendeutschtum weder Schutz noch Brot. Darüber kann die Vergangenheit nicht täuschen und die Hoffnung auf die Zukunft nicht trösten. Das jährliche Staatsbudget zeigt, in welcher Weise bei Verteilung der Ausgaben sudetendeutsche Interessen berücksichtigt werden. Das tägliche Leben lehrt es, daß von den 12 Milliarden, welche allein der Staat aus der Wirtschaft zieht, nicht jener Teil dem Sudetendeutschtum zugute kommt, den es zur Aufbringung der Einnahmen trotz Krise, Not und Armut ehrlich beisteuert. Die Veröffent- [112] lichung über die Verteilung staatlicher Aufträge und die Kundmachung über die Verwendung öffentlicher Gelder, aus denen hervorgehen würde, wie die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Wirtschaft beteilt werden, verlangen die deutschen Abgeordneten vergeblich.

Das ist hinreichend Grund, ein Budget abzulehnen, das dem Sudetendeutschtum alle Pflichten zu budgetären Einnahmen beizutragen auferlegt, ihm aber das Recht an den budgetären Ausgaben verhältnismäßig teilzunehmen nicht garantiert.

Die sudetendeutschen Parlamentarier haben in hunderten Interpellationen auf diese Mißstände hingewiesen und im Verlauf der alljährlichen Budgetdebatte an Hand der Ziffern des Staatsvoranschlages diese systematische Ausschaltung der Sudetendeutschen von den staatlichen Lieferungen und ihre sonstige Benachteilung nachgewiesen.

Ein Beispiel aus dem Staatsvoranschlag des Jahres 1935 soll das Gesagte unter Beweis stellen:

Für den Bau von Staatsgebäuden innerhalb der zivilen Staatsverwaltung ist insgesamt vorgesehen ein Betrag von 129,430.900 Kč45

1. Hievon entfallen auf die Zentralbehörden 16,120.000"

(In diesem Betrage sind nur die für das Jahr 1935 entfallenden Beträge des Bauaufwandes enthalten; so z. B. von dem Gesamtaufwand für den Umbau des Czernin'schen Palais für Zwecke des Außenministeriums im Betrage von 48,300 Kč ein Teilbetrag von 3,000.000 Kč.)

2. Im Ressort des Ministerratspräsidiums für die vorbereitenden Arbeiten für den Neubau des Statistischen Staatsamtes 10.000 "

3. Im Ressort des Außenministeriums für die Ausgestaltung der Gesandtschaftsgebäude 2,200.000 "

4. Im Ressort des Innenministeriums

Unter den hier vorgesehenen 32 Posten entfallen auf das deutsche Gebiet: 13,108.000"

a) Eger: Kauf des Hauses Nr. 516, Jahrestilgungszahlung 176.000 "

b) Reichenberg: Ausbau des Bezirksamtes 50.000 "

c) Mähr.-Trübau: Tilgungszahlung für das Amtsgebäude 120.000 "

also insgesamt 346.000 "

[113] 5. Justizministerium

Hievon entfallen auf das deutsche Gebiet: 16,114.500"

a) Aussig: Tilgungszahlung für das Amtsgebäude 11.400 "

b) Falkenau: Beitrag für den Neubau des gemeinsamen Amtsgebäudes 900.000 "

c) Auspitz: Neubau des Amtsgebäudes 50.000 "

d) Nikolsburg: Ausbau der Gefangenenhauswerkstätten 50.000 "

also insgesamt 1,011.400 "

6. Im Ressort des Schulministeriums

Hievon entfallen auf das deutsche Gebiet bezw. für deutsche Kulturzwecke: 44,898.800"

a) Tilgungszahlung für das hygienische Institut der deutschen Universität 26.500 "

b) Für den Ankauf und Neubau für Zwecke der deutschen und der tschechischen Universität; es wird angenommen, daß die Hälfte des hier vorges. Betrages auf die deutsche Universität entfällt 1,315.000 "

c) Für die Deutsche Universität (Nebengebäude Hlavkabrücke) 50.000 "

d) Für vorbereitende Arbeiten für die Zahnklinik und das Anatomische Institut (siehe Anmerkung bei 6 b) 60.000 "

e) Liebwerda: Landwirtschaftl. Hochschule, Neubau 300.000 "

f) Grundkauf für die Deutsche Technik in Prag 50.000 "

g) Tilgungszahlung für die Deutsche Technik in Brünn 57.100 "

h) Tilgungszahlung für den Zubau der Technik in Brünn 19.700 "

i) Für vorbereitende Arbeiten eines Zubaues des Werkstättenlaboratoriums in Brünn 25.000 "

j) Für den Aufbau eines 3. Stockwerkes auf das deutsche Staatsrealgymnasium in Prag II 50.000 "

also insgesamt nur 1,953.300 "

7. Im Ressort des Landwirtschaftsministeriums

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 1,680.000 "

8. Im Ressort des Bodenamtes

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 199.600 "

9. Im Ressort des Handelsministeriums

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 1,000.000 "

10. Im Ressort des Ministeriums für öffentliche Arbeiten

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 800.000 "

11. Im Ressort des Ministeriums für soziale Fürsorge

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 1,700.000 "

[114] 12. Im Ressort des Gesundheitsministeriums

Für das deutsche Gebiet ist nichts vorgesehen. 8,980.000 "

13. Im Ressort des Finanzministeriums 22,609.000"

a) Eger: Gebäude für die Finanzwache 500.000 "

b) Friedland: Neubau für die Finanzwache und Finanzamt 500.000 "

c) Roßbach: Gebäude für das Zollamt und Finanzwache 400.000 "

d) Reichenberg: Ausbau des gemeinsamen Amtsgebäudes 50.000 "

e) Falkenau: Neubau des gemeinsamen Amtsgebäudes 600.000 "

f) Für vorbereitende Arbeiten von geplanten Neubauten in Kaplitz, Roßbach, Trautenau, Brüx, Tachau und Landskron 150.000 "

also insgesamt nur 2,200.000 "

Von den im Staatsvoranschlag 1935 für Neubauten innerhalb der zivilen Verwaltung vorgesehenen Gesamtausgaben im Betrage von 129,420.900 Kč entfallen nur insgesamt 5,860.700 Kč, nur 4.5 v. H. auf das deutsche Gebiet, wobei gar nicht erwiesen ist, daß diese Bauten von deutschen Gewerbetreibenden und Arbeitern ausgeführt werden.46

[115] Kein anderes Bild würde die Untersuchung früherer und künftiger Staatsvoranschläge geben. Und wie es im vorliegenden Fall budgetmäßig ist, so ist es auf allen Gebieten, wo der tschechoslowakische Staat als Auftraggeber für die gewerbliche oder industrielle Produktion auftritt.47

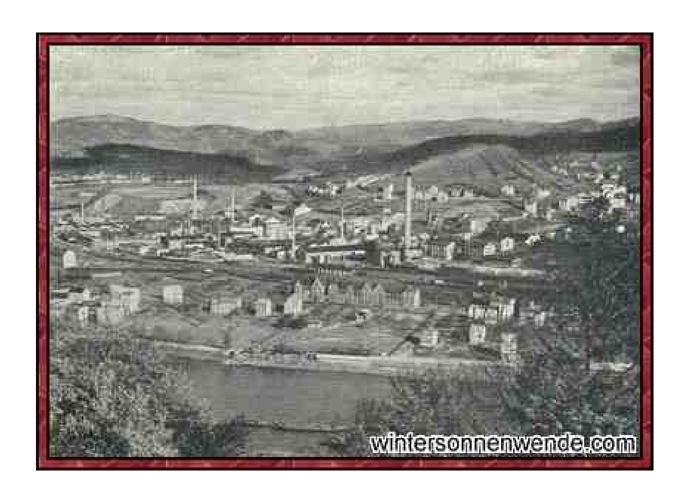
[116] Ein anderes charakteristisches Beispiel für die Benachteiligung der deutschen Wirtschaft bei der Kontingentierung der Rohstoffe und der Produktion zeigt die Auswirkung des Margarinegesetzes vom 12. März 1934, über die aus Wirtschaftskreisen folgender Situationsbericht ausgegeben wurde:

"Im Jahre 1934 wurden 6500 Waggons erzeugt, welche Menge 1935 auf 5000 Waggons herabgesetzt wurde. Die Herabsetzung beträgt also 23 Prozent. Man sollte es nun für selbstverständlich halten, daß die bestehenden Kunstfettfabriken einfach ihre Erzeugung um 23 Prozent vermindern müssen. Aber weit gefehlt! Bisher gab es 24 Kunstfettfabriken, jetzt werden aber noch weitere neue Konzessionen erteilt. Obwohl zur Kunstfetterzeugung teure Maschinen notwendig sind, fanden sich neun Firmen, denen es sich auszahlt, je einen Waggon (10 000 Kilogramm) Kunstfette jährlich zu erzeugen. Weitere sieben Firmen sollen je 2,3 bis höchstens 4 Waggons jährlich erzeugen. Andere Firmen erhielten die Erlaubnis zur Erzeugung größerer Mengen, obwohl sie im Vorjahr sehr wenig oder überhaupt kein Kunstfett erzeugten. So z. B. hat der agrarische Moravosvaz im Vorjahr nur Margarine aus anderen Fabriken verkauft, heuer aber das Recht erhalten, 200 Waggons zu erzeugen. Die sozialdemokratische Großeinkaufsgenossenschaft hat im Vorjahre in ihrer Fabrik Nelahozeves 278 Waggons Kunstfette erzeugt, heuer aber wurden ihr 400 Waggons zugeteilt. Die Firma Otta in Rakovnik hat im Vorjahre nichts erzeugt, hat aber heuer das Recht, 150 Waggons zu erzeugen. Die Erzeugungsberechtigung wurde so verteilt, daß 204 Waggons 20 Firmen

erhielten, die im Vorjahr kein Kunstfett erzeugten und von denen viele auch heuer keines erzeugen, sondern sich damit begnügen werden, ihre Berechtigung einer anderen Firma zu verkaufen. Von den 24 Firmen, die schon im Vorjahre Kunstfett erzeugten, erhielten 11 mehr als ihnen gebührt, wogegen 12 Fabriken mehr entzogen wurde, als es dem Gesetz entspricht. Nur eine einzige Firma erhielt die ihr nach den Vorschriften gebührende Zuteilung...."48

Unter den benachteiligten Fabriken befinden sich ausschließlich deutsche, vor allem die großen deutschen Schichtwerke in Aussig-Schreckenstein. In einem Bericht des Bürgermeisteramtes von Aussig an die Presse, der zugleich die Methoden der tschechischen Wirtschaftspolitik charakterisiert, heißt es:

"Bei der Zuteilung aus dem Kontingent ist nicht der Vorgang gewählt worden, alle Unternehmungen gleichmäßig um 23 Prozent geringer zu beteilen, sondern es wurden die Betriebe individuell behandelt. Hierbei wurden einzelnen Unternehmungen Zuteilungen bewilligt, die über die Erzeugung im Jahre 1933 hinausgehen; einige Betriebe, die bisher überhaupt [117] nichts erzeugten, auf Erzeugung von Kunstspeisefetten nicht eingerichtet sind und das zugeteilte Kontingent verkaufen, erhielten namhafte Kontingente, während die Firma Schicht-A.-G. in Aussig-Schreckenstein als besteingerichteter Betrieb mit den »Centra«-Werken in Krischwitz bei Bodenbach um 40 Prozent gekürzt wurde. Nebenbei sei bemerkt, daß hier auch die sonst geübte Solidarität der tschechischen Industrieverbände nicht zur Geltung kam.



[117] Die Schicht-Werke in Aussig a. d. Elbe. Die Kennzeichen der großen sudetendeutschen Unternehmer sind Weitsicht, Tüchtigkeit, Ausdauer und soziales Verständnis. Die jüdische Raffgier blieb ihnen fremd. So hat Georg Schicht 1848 in Ringelhain eine kleine Seifensiederei begründet, 1882 verlegte er sie an die Ufer der Elbe in Aussig. Heute sind die Schicht-Werke auf dem Gebiete der Fettindustrie in Europa führend. Niemals erkaufte sich Georg Schicht und seine Nachfahren den Erfolg durch Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter. Das Aktienkapital beträgt 140.000.000 Kronen.

In der Presse war vor einigen Wochen zu lesen, daß die Betriebe »Schicht-A.-G.« und »Centra«-Werke durch das verringerte Kontingent rund 600 000 Lohnstunden einbüßen, was der jährlichen Arbeitsleistung von 240 Vollarbeitern entsprechen würde. Das ist jedoch nur der Lohnausfall, der infolge der geringen Zuteilung eintritt, wenn sich an der bisherigen Organisation des Betriebes keine wesentliche Änderung vollzieht. Gerade das letztere steht aber in Frage! Der Betrieb der (sudetendeutschen) Firma Schicht-A.-G. ist einer der modernst eingerichteten Großbetriebe der tschechoslowakischen Republik und ganz Europas, der alle Vorteile in der Behandlung der Erzeugnisse vom Rohstoff bis zur Fertigware ausnützt, über konzernmäßige Verbindungen und einen Reklameapparat verfügt, die sich über die halbe Welt erstrecken. Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig in seinem Betriebe in Aussig-Schreckenstein 2170 Arbeiter und 1084 Angestellte, in den »Centra«- [118] Werken in Krischwitz 400 Arbeiter und Angestellte, zusammen also 3654 Personen. Es handelt sich um einen der wenigen Großbetriebe im deutschen Gebiete unserer Republik, die noch genügend Beschäftigung für ihre Arbeiter und Angestellten haben. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Schreckensteins, Aussigs und der Orte in der Umgebung ist mit seiner Existenz auf die Firma angewiesen, und die Gemeinden Aussig und Schreckenstein sowie der Bezirk Aussig würden in ihren Einnahmen schwer geschädigt, wenn der Betrieb auch nur zum Teil eingeschränkt würde. Die tatsächliche Steuerleistung der Georg-Schicht-A.-G. in Schreckenstein betrug in den Jahren 1929 - 1933 insgesamt 6 323 518 Kr.; an Zuschlägen haben die beteiligten Selbstverwaltungskörper für diese genannten Jahre 22 236 673 Kr. zugewiesen erhalten.

In tschechischen politischen und industriellen Kreisen und in einem Teil der Presse wird seit einiger Zeit gegen den Weltkonzern der Schicht-A.-G. Stimmung gemacht. Dem Konzern wird vorgeworfen, daß sich sein Kapital in schweizerischen, holländischen und englischen Händen befinde und daß auch der Universalkonzern, dem die Schicht-Werke in Schreckenstein, die »Centra«-Werke in Krischwitz, die Ölfabriken in Lobositz und die »Sana« in Prag-Hloubetin angehören, dem inländischen Kapitalmarkt zu wenig Wohlwollen entgegenbringt und trachtet, der tschechoslowakischen Steuerpflicht zu entschlüpfen. Angenommen, daß es die Unternehmungen des Universalkonzerns mit der tschechoslowakischen Steuerpflicht genau so halten wie die übrigen Großunternehmungen, die unter dem Einfluß mächtiger Bankherren stehen, was hat das aber mit der Aufteilung des Kontingentes zu tun? Hat man keine andere Möglichkeit, als Aufträge zu entziehen und dadurch vor allem die Angestellten und Arbeiter schwer zu schädigen, denen die Steuer pünktlich bei jeder Gehalts- oder Lohnauszahlung in Abzug gebracht wird? Es wurde behauptet, daß in den Schicht-Werken eine beachtliche Zahl Ausländer auf bestbezahltem Posten beschäftigt wird. Das ist ebenfalls unrichtig; denn unter den 58 im Betrieb in Schreckenstein beschäftigten Ausländern befindet sich nur ein einziger Chefchemiker, ein Schweizer, der als bestbezahlter Beamter angesprochen

werden kann und seit dem Jahre 1913 bei der Firma ist. Die Hälfte der im Unternehmen beschäftigten Ausländer ist im Gebiete der tschechoslowakischen Republik geboren, 26 von den 30 ausländischen Angestellten haben dauernde Aufenthaltsbewilligung, und nur bei vier ist der Aufenthalt zeitlich beschränkt. Aber wieder angenommen, die Behauptung wäre richtig; wie kommen die bei der Firma beschäftigten tschechoslowakischen (gemeint sind die sudetendeutschen - d. V.) Arbeiter und Beamten dazu, dafür bestraft zu werden? Das deutsche Gebiet ist durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ohnehin ungleich schwerer betroffen als das tschechische. Sollte da nicht bedacht werden, daß durch eine ungerechte Behandlung in der Zuteilung des Kontingents und durch darauffolgende Entlassung von Arbeitern und Angestellten eine Stimmung erzeugt wird, die zu Verzweiflungsausbrüchen führt?

Wenn die Georg-Schicht-A.-G. und die »Centra«-Werke mit einer dauernden Einschränkung der Erzeugung im angegebenen Ausmaße rechnen müssen, dann ist nach zuverlässigen Mitteilungen der weitere Bestand des [119] Unternehmens als Großbetrieb gefährdet und eine einschneidende organisatorische Umstellung zu gewärtigen; das würde bedeuten, daß ungefähr die Hälfte des bisherigen Standes der Angestellten und Arbeiter überflüssig würde und insbesondere die Angestellten der Verkaufs- und Werbeabteilung zum größten Teil entlassen werden müßten. Die Zahl der Arbeitslosen im Aussiger Bezirk würde sich zumindest um 1500 vermehren, die Kaufkraft der Bevölkerung um rund 20 - 25 Millionen Kronen jährlich zurückgehen, was bedeutet, daß Gewerbetreibende und Kaufleute um diese Millionen weniger Umsatz erzielen würden...."

Trotz der zahlreichen Proteste, die gegen die geplante Kontingentierung von den politischen Parteien und deutschen Wirtschaftskreisen erhoben wurden, erfolgte die Aufteilung für das Jahr 1936 in der gleichen Weise wie im Jahre vorher. Die Mitteilungen des deutschen Hauptverbandes der Industrie49 schrieben daraufhin:

"Die Aufteilung der Margarine-Kontingente für das Jahr 1936 ist in der gleichen Weise wie im vorhergegangenen Jahr erfolgt und stößt auf den großen Widerstand, insbesondere der kleinen Firmen. Alteingesessene deutsche und tschechische Firmen weisen darauf hin, daß die außerordentlich niedrigen Zuweisungen geradezu ihre Existenz bedrohen, wobei sie in ihren Reklamationen vor allem auf die Tatsache verweisen, daß die Reduktion der Kontingente nicht bei allen Unternehmungen im gleichen Umfange durchgeführt wurde, sondern sehr ungleichmäßig, so daß sie sich zwischen 26 bis 50 Prozent bewegt, wogegen einigen neuen Unternehmungen, die der sozialdemokratischen und agrarischen Partei nahestehen, die Kontingente im Hinblick auf die bisherige Erzeugung wesentlich erhöht wurden. Die zurückgesetzten Firmen haben die Ämter

bereits aufmerksam gemacht, daß ihnen bei einer so beschränkten Produktion nichts anderes übrig bleiben wird, als Arbeiter zu entlassen, wobei noch die Frage unbeantwortet bleibt, wie die Kapitalinvestitionen zu amortisieren sind, die nun brachliegen. Zahlreiche Firmen haben sich bereits an die Regierung gewandt. Wie versichert wird, wird auch eine Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht vorbereitet."

Diese Meldung des objektiven Wirtschaftsblattes wirft zugleich ein bezeichnendes Schlaglicht auf die korrupte tschechische Parteiwirtschaft im Staate.



[120] Fabriksabbruch in Würbenthal (Schlesien). In allen sudetendeutschen Gauen das gleiche Bild: Fabriken in Abbruch, Menschen in Not! Einst rauchten überall in den Tälern die Schornsteine der Textil-, Papier-, Glas-, Porzellan- und Maschinenfabriken. Großstadtarbeiter gab es wenige; die meisten bebauten nach der Arbeit in ihrem Heimatsort ein kleines Gärtchen, lebten zufrieden und genügsam. Und heute?

Mit der Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit verlor die sudetendeutsche Industrie rund 75% ihres bisherigen Inlandsmarktes. Sie wurde zum Auslandsmarkt und seit 1918 mit hohen Zollgrenzen umgeben. Der Weltkrieg aber hatte die alten überseeischen Verbindungen der sudetendeutschen Exportindustrie abgerissen, die in der Zwischenzeit mit anderen Industriestaaten angeknüpft wurden, so daß sich die sudetendeutsche Industrie vielfach neue Absatzmöglichkeiten wieder schaffen mußte. Sie war also nicht nur vor vollkommen neue Marktverhältnisse gestellt, sondern mußte sich die Exportmöglichkeiten aus dem Staate selbst, in dem sie produzierte, erkämpfen. Die sudetendeutsche Exportindustrie hatte nicht nur mit den Schwierigkeiten zu ringen, die sich aus der [120] Zollpolitik des eigenen tschechischen Staates und aus dem Widerstand ehemaliger Exportstaaten gegen die sudetendeutschen Waren ergaben, sondern in einzelnen Zweigen einen Konkurrenzkampf um die Ausfuhr mit den staatlich geförderten tschechischen Exportfirmen zu führen.

Dazu kamen noch die zahlreichen Schikanen der untergeordneten Behörden, die den Export der sudetendeutschen Industrie hemmten und schädigten.50

[121] Die staatliche Wirtschaftspolitik förderte z. B. durch Exportprämien, Steuernachlässe und Kreditgewährung die junge tschechische Exportindustrie. Die tschechischen Konsularvertretungen im Auslande leiten alle neuen Aufträge des Auslandes, die nur zu erreichen sind, der tschechischen Wirtschaft zu, während die sudetendeutsche Industrie auf ihre eigene Werbekraft im Ausland angewiesen ist.

Ein im Jahre 1924 erlassener Elbe-Moldau-Umschlagtarif begünstigte offensichtlich Prag und die tschechischen Umschlagplätze, während die deutschen Flußhäfen nicht in den Genuß staatlicher Förderung kamen. Die anbefohlene tschechische Signierung der weltbekannten Saazer Hopfenmarken wurde dazu benützt, um die Konkurrenz des tschechischen Hopfenbaugebietes von Raudnitz mit dem an Qualität überlegenen Saazer zu erleichtern.

Bei Wirtschaftsverhandlungen mit den Exportstaaten müssen die Kompensationen der tschechoslowakischen Handelsdelegationen immer die sudetendeutschen Industrien bezahlen.

Auf Grund der letzten deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen wurde z. B. das Ausfuhrkontingent an Tonerzeugnissen aus der Tschechoslowakei auf ein Drittel verringert. Das bedeutet die fast vollständige Lahmlegung des ohnehin schon stark gedrosselten Exportes und damit einen vernichtenden Schlag gegen die Tonförderung in den Gruben. Da 80% aller Tongruben der Tschechoslowakei im Egerland, im Wildsteiner Gebiet liegen, werden unmittelbar 700 sudetendeutsche Arbeiter mit ihren Familien von Arbeitslosigkeit bedroht. Hunderte von Gewerbetreibenden sind mitbetroffen. Die Gemeinden des Wildsteiner Bezirkes stehen vor dem Ruin.51

Die gleichen Schwierigkeiten werden dem Absatz sudetendeutscher Industrie-Erzeugnisse im tschechischen Gebiet gemacht. Da ist es in erster Linie die staatlich geduldete Boykottpropaganda der tschechischen Schutzvereine, die der sudetendeutschen Wirtschaft den Absatz im Innern des Staates erschwert. Die Jahrzehnte hindurch verkündete Parole: "Svuj k svemu" - "Jeder zu den Seinen" findet bis ins kleinste Dorf Beachtung. Während nun der sudetendeutschen Industrie der Absatzmarkt in den nichtdeutschen Gebieten des Staates immer mehr verschlossen wurde, breitete sich der Absatz der tschechischen Industrie im sudetendeutschen Gebiete aus und schwächte dadurch das sudetendeutsche Wirtschaftsleben. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Errichtung von Verkaufsfilialen und Reparaturwerkstätten der tschechischen Schuhgroßfirma Bata. Bis in die

kleinsten Landgemeinden sind die Verkaufsfilialen Batas bereits vorgedrungen. Dadurch werden Hunderte deutscher Schuhmacher um ihre Existenz gebracht.

[122] Bei der Verbreitung tschechischer Waren im deutschen Gebiet fehlt es nicht an staatlichem Druck und Einschüchterungsversuchen durch die im deutschen Gebiet angesiedelten Tschechen, den Verkauf und Kauf tschechischer Industrieprodukte zu tätigen.



[122] Das Regenwasser fällt durch das morsche Dach. Die Stätte froher Arbeit und jahrzehntelangen Unternehmerfleißes ist ein Abbruchhaufen geworden. Systematisch fördert die unfähige Staatsverwaltung den Verfall einer im alten Österreich blühenden Wirtschaft, richtet dreieinhalb Millionen Menschen, die nie den tschechischen Staat gewollt hatten, zugrunde.

Daß die staatlichen Ämter im sudetendeutschen Gebiet ihren Warenbedarf nur mit tschechischen Erzeugnissen decken, die, wenn sie an Ort und Stelle nicht zu erhalten sind, aus der tschechischen Erzeugungsfabrik bezogen werden, ist nach den bisherigen Schilderungen nicht weiter überraschend.

Die Nachteile für das sudetendeutsche Wirtschaftsleben ergeben sich aus dieser Praxis von selbst.

Es ist unmöglich im Rahmen dieser Darstellung alle die staatlichen Maßnahmen aufzuzählen, die in ihrer Auswirkung das sudetendeutsche Wirtschaftsleben schädigten. Die angeführten staatlichen Maßnahmen und

Beispiele für die planmäßige Benachteiligung der sudetendeutschen Wirtschaft durch den Staat sollten [123] zeigen, wie der Staat auf scheinbar legalem Wege durch seine Gesetzgebung und die Exekutive durch eine einseitige Anwendung der staatlichen Machtmittel das wirtschaftliche Übergewicht des Sudetendeutschtums zu brechen sucht.



43Vgl. Verhandlungsschrift über die Tagung der wirtschaftlichen Verbände, Prag. 13. Mai 1920, Deutschpolitisches Arbeitsamt.

44Die angeführten Ziffern werden belegt in La situation des minorités en Tschechoslovaquie, Berlin 1922, IV. S. 8

45Den Währungsvergleichen dieses Buches liegt die Berechnung 100 Kronen gleich 10 RM zu Grunde, die dem amtlichen Kurs vor der Entwertung entsprach. (1. Oktober 1936 100 Kronen gleich 10.28 RM. Nach der Abwertung, die nicht mehr berücksichtigt werden konnte, 22. Oktober 1936: 100 Kronen gleich 8.77 RM.)

46Der frühere Abgeordnete Dipl.-Ing. Othmar Kallina in Rumburger Zeitung.

47Trotz der maßlosen Verelendung des sudetendeutschen Gebietes wurden 1934 von 396 im deutschen Gebiet vergebenen staatlichen Arbeiten 332 tschechischen Firmen zugeteilt. So vergab z. B. das Landesamt in Prag die Arbeiten für den Neubau eines Amtsgebäudes in der fast rein deutschen Stadt Falkenau im Egerlande an die tschechischen Firmen: O. Prokop Pilsen, Podhaisky A.-G. Hostivar-Prag, Podpera Svetla. - Der Bau der Straße nach Schönau wurde von der Bezirksbehörde Graslitz an einen tschechischen Baumeister vergeben. Im Graslitzer Bezirk wohnen 99% Deutsche und 1% Tschechen. - In Sebastiansborg, einer reindeutschen Stadt im Erzgebirge, wurden durch die Ernährungsaktion des Ministeriums für soziale Fürsorge folgende Unternehmen mit der Lieferung von Lebensmitteln beauftragt: Kartoffeln: Zajmové sdruhener p. zhodniceni brambor, Prag; Mehl: Akciova spolecnost mlynu, Prag; Kunstfett: Frantisek Otta, tovarna na mydla a jedle

tuky, Rakovnik; Graupen: Schindler & Jedlin, Slovenske lupacie a mlynske zavody, Bratislava; Gerstenkaffee: GEC,

Prag. - Das neue, große Hydro-Elektrizitätswerk bei Schreckenstein a. Elbe, bei dessen Bau die sudetendeutschen Arbeiter schwer benachteiligt wurden, wurde nicht mit dem nahe liegenden großen Elektrizitätswerk im deutschen Türmitz gekoppelt, sondern mit einem weit entfernt liegenden Werk der Ustredni elektrarna, einem tschechischen Unternehmen. - Durch eine Manipulation der Böhmischen-Eskomptebank wurden die Tellnitzer Porzellanwerke im Herbst 1935 stillgelegt.



[107] Gesprengte Porzellanöfen einer Porzellanfabrik bei Karlsbad.
Die sudetendeutschen Porzellanfabriken führten über 80 v. H. der erzeugten Mengen bis zum Jahre 1929 aus. Durch die falsche Handelspolitik des Staates ging nach 1929 ein Auslandsmarkt nach dem anderen verloren. Das Ergebnis ist furchtbar. Die Fabriken verfallen oder werden im Exekutionswege verschleudert.

Dadurch verloren 600, meist sude- [116] tendeutsche Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Arbeiterschaft kämpft um die Weiterführung des Betriebes. - Die letzte Porzellanfabrik von Fischern bei Karlsbad soll geschleift werden. Der von tschechischem Bankkapital abhängige Porzellan-Konzern "Epiag" bietet dem Unternehmer 180.000 Kč jährlich durch 10 Jahre, wenn er den Betrieb schleifen läßt. Um die Hunderte von Arbeitern kümmert sich niemand. In Holzbuden, durch die der Wind bläst, wohnen hier 192 Erwachsene mit 153 Kindern.

48Nordböhmisches Tageblatt, Tetschen a. E., vom 18. 9. 1934.

49Zitiert in der Sudetendeutschen Tageszeitung vom 12. 1. 1936.

50Ein typisches Beispiel gibt der Hauptverband der Industrie bekannt: "Eine Firma sandte ihren Vertreter zwecks Kundenbesuches in das Ausland. Die Reise mußte aber infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten um eine Woche ausgedehnt werden, was zur Folge hatte, daß die an und für sich von der Nationalbank knapp bemessene Reisevaluta für den zusätzlichen Aufenthalt nicht ausreichte. Der Vertreter verwendete bei dieser Sachlage von den einkassierten Geldern 1000 Kč in der betreffenden Landesvaluta zur Deckung seiner Aufenthaltskosten. Die tschl. Firma hat dies nach Rückkehr ihres Vertreters korrekterweise bei der Revisionsabteilung des Finanzministeriums gemeldet und um nachträgliche Freischreibung der vom Vertreter zusätzlich verbrauchten 1000 Kč für Reisezwecke angesucht. Auf das Gesuch kam jedoch keine Erledigung, sondern es erschien ein Beamter der zuständigen Finanzdirektion, welcher die Erlegung eines Strafbetrages unter dem Titel der Übertretung der Devisenvorschriften verlangte mit der Begründung, daß ja vorschriftsmäßig vorher und nicht nachher angesucht werden müsse. Um sich weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, glich sich die Firma im Ablaßverfahren aus."

Veröffentlicht in der Sudetendeutschen Tageszeitung vom 28. 12. 1934. .

51 Reichenberger Zeitung vom 17. 1. 1935.

II. Die nationalpolitische Tendenz der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik

3. Eine Verlustbilanz



[130] Färberei in Böhm. Aischa, nachdem Wirtschaftspolitik und Steuerexekutionen ihr Werk getan hatten.

Das Beispiel der "Nostrifizierung" der Geldinstitute hat gezeigt, wie durch staatliche Maßnahmen die tschechische Wirtschaft gestärkt und die staatlichen Machtmittel in den Wirtschaftskampf eingesetzt wurden. Während einerseits eine Reihe deutscher Industrie- und Wirtschaftsunternehmen mangels ausreichender Betriebs- und Überbrückungskredite stillgelegt und abgebrochen werden mußten, setzte andererseits der Vorstoß des tschechischen Bankenkapitals ein.

Was das Sudetendeutschtum seit dem Umsturz durch das Vordringen des tschechischen Kapitals verloren hat und auf welche Weise dies möglich war, zeigen die folgenden interessanten Zusammenstellungen:

Im Jahre 1914 gab es in Böhmen, Mähren und Schlesien folgende Banken mit deutscher Verwaltung: Deutsche Agrarbank mit einem Eigenkapital von 4 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 10 Mill. Kč; Landwirtschaftliche Kreditbank mit 10 Mill. Kč, bezw. 54 Mill. Kč; Mährische Eskomptebank mit 8 Mill. Kč, bezw. 30 Mill. Kč; Böhmische Eskomptebank mit 12 Mill. Kč, bezw. 160 Mill. Kč; Böhmische Unionbank mit 65 Mill. Kč, bezw. 337 Mill. Kč (kontrolliert wurden von ihr die Buschtehrader Eisenbahn, Johann Davis Starck-Montan, Kupferwerke Pömmerle, Reichenberg-Gablonzer Bahn, Hotzenplotzer Zucker und eine Reihe von Textilunternehmungen). Insgesamt wiesen diese Banken mit deutscher Verwaltung ein Eigenkapital von 99 Mill. Kč und ein Verwaltungskapital von 591 Mill. Kč aus.

Mit tschechischer Verwaltung bestanden im Jahre 1914 in Böhmen, Mähren und Schlesien folgende Handelsbanken: Ceska banka mit einem Eigenkapital von 8 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 28 Mill. Kč;

Moravska agrarni a prum. banka mit 12 Mill. Kč, bezw. 47 Mill. Kč (kontrolliert wurden von ihr Mähr. Stahl- und Eisenwerke Olmütz, Nemschitzer Zucker); Prazska uverni banka mit 25 Mill. Kč bezw. 130 Mill. Kč (Nusler Brau, Bergmann-Leder, Alexanderschacht Settenz); Böhmische Industrialbank mit 40 Mill. Kč, bezw. 160 Mill. Kč; Zivnostenska banka mit 80 Mill. Kč, bezw. 386 Mill. Kč (Breitfeld Danek, Böhm. Zuckerfabriksverein, Westböhm. Kaolin, Böhm. Handelsgesellschaft, u. a.); Sporobank (Zentralbank der tschechischen Sparkassen) mit 25 Mill. Kč, bezw. 340 Mill. Kč. Insgesamt wiesen diese Banken mit tschechischer Verwaltung ein Eigenkapital von 190 Mill. Kč und ein Verwaltungskapital von 1091 Mill. Kč aus.

Das Verhältnis des Verwaltungskapitals der bei uns bodenständigen deutschen Geldinstitute zu dem der bodenständigen tschechischen war 1 : 2. Dieses Verhältnis wird jedoch ein ganz anderes, wenn man die Verwaltungsziffern hinzurechnet, die die "Wiener Banken", die in Böhmen, Mähren und Schle- [124] sien Filialen unterhielten oder maßgebenden Einfluß in unserer Industrie hatten, auswiesen. Es waren dies:

Zentralbank der deutschen Sparkassen mit einem Eigenkapital von 30 Mill. Kč, bezw. einem Verwaltungskapital von 339 Mill. Kč; Anglo-Österreichische Bank mit 100 Mill. Kč, bezw. 657 Mill. Kč (Staats-, Landes- und Städteanleihen, Prag-Duxer Eisenbahn, Teppichwerke Haß, Westböhm. Bergbau, Dynamit Nobel, Poldihütte, Österr. Kabel u. a.); Wiener Bankverein mit 130 Mill. Kč, bezw. 882 Mill. Kč (Mannesmann, Moravia Brau); Österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe mit 150 Mill. Kč, bezw. 1195 Mill. Kč (Nordwestbahn, Dux-Bodenbacher, Nestomitzer Zucker, Stölzle Glas, Brünner Leder, Österr. Fezfabriken, Skoda, Österreich. Chem. Verein, Olleschauer Papier, Vereinigten Färbereien, Königinhofer Kattun; Spiritus-Ind. A.-G., Rothau-Neudeker Eisen, Koliner Spiritus, Zucker Wegstädtl, Ringhoffer, Mähr. Zuckerind. A.-G.); Niederösterreichische Eskomptegesellschaft mit 75 Mill. Kč, bezw. 390 Mill. Kč (ihr gehörte zur Gänze die Böhm. Eskomptebank mit Nesselsdorfer Waggon, Österr. Glanzstoffwerke, Hutter & Schranz, Inwald Glas, Greinitzer Eisen, Brown-Boveri, Zündholz Helios, Prager Eisen u. a.); Österreichische Länderbank mit 130 Mill. Kč, bezw. 784 Mill. Kč (Schönpriesner Zucker); Wiener Mercour mit 50 Mill. Kč, bezw. 270 Mill. Kč (Stollwerk Zucker, Gummi- und Balatawerke Matador); Allgemeine Verkehrsbank mit 42 Mill. Kč, bezw. 282 Mill. Kč; Österreichische Bodenkreditanstalt mit 54 Mill. Kč, bezw. 877 Mill. Kč (Cosmanos-Textil, Mautner & Sohn, Berg & Hütten, David Fanto Petrol, Schoeller Zucker, Ringhoffer Maschinen, Aussig-Teplitzer Eisenbahn, Nordwestbahn, Buschtehrader Bahn, Stummersche Zucker, Zbroder Eisen, Kaschau-Oderberger Bahn, Rothkosteletzer Spinnereien u. a.). Insgesamt wiesen diese Wiener Banken, die für das Wirtschaftsleben Böhmens, Mährens und Schlesiens von Bedeutung waren, ein Eigenkapital von 761 Mill. Kč, bezw. ein Verwaltungskapital von 5676 Mill. Kč aus.

In der ehemaligen Monarchie waren aber nur die Länder Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich, teilweise auch Oberösterreich,

Steiermark und Salzburg kapitalsbildend. Die übrigen Länder waren alle kapitalsbindend und kapitalsverbrauchend. Daraus ist zu ersehen, welche Unsummen deutschen Kapitals aus den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien in den Wiener deutschen Banken verwaltet wurden. Wenn wir die von den deutschen bodenständigen Banken und den deutschen Wiener Banken kontrollierten und geführten Industrieunternehmungen betrachten, so können wir mit vollem Recht sagen, daß der überwiegende Teil der Bergbau- und Hüttenindustrie, der Textil-, Glas-, Zuckerindustrie, der chemischen Industrie oder der überwiegende Teil der Wirtschaft in all ihren Zweigen überhaupt sich unter deutschem Einfluß befand.

Im Jahre 1918 vollzog sich nun eine wesentliche Änderung, die allerdings der deutschen Öffentlichkeit restlos entging. Das vom Filialnetz der "Wiener Banken" verwaltete deutsche Kapital befand sich begreiflicherweise bei den verschiedenen Wiener Zentralen. Vom Tag der Währungstrennung aber war es den böhmischen, mährischen und schlesischen Bankfilialen der Wiener In- [125] stitute nicht mehr gestattet, den Kapitalbedarf im Giroverkehr aus den Zentralen zu decken. Die Kapitalbasis war ihnen entzogen und die Wiener Banken waren nicht mehr in der Lage, den Kapitalsbedarf der angeschlossenen Industrie zu decken. Die Folge davon war die Kapitalsdeckung durch das tschechische Kapital, repräsentiert durch die Zivnostenska banka.

Gefördert wurde diese Entwicklung durch das Nostrifizierungsgesetz, das das Bestehen von ausländischen Bankfilialen in unserem Staate untersagte. Die Wiener Bankfilialen mußten daher entweder an bestehende bodenständige Geldinstitute angeschlossen oder in neue Banken umgewandelt werden.

Wir sehen daher die Anglo-Österreicher Bank in die Anglo-Tschechoslowakische Bank, den Wiener Bankverein in den Böhm. Bankverein, die Österr. Kreditanstalt in die Böhmische Eskomptebank und Creditanstalt, die Österreichische Länderbank in die Bank für Handel und Industrie, den Wiener Mercour in die Böhm. Kommerzialbank und die Allgemeine Verkehrsbank in die Böhm. Industrialbank aufgehen bezw. umgewandelt werden.

Damit ergibt sich heute folgendes Bild der Kapitalsverwaltung: Zentralbank der tschechischen Sparkassen mit einem Eigenkapital von 50 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 760 Mill. Kč; Agrarni banka mit 60 Mill. Kč, bezw. 784 Mill. Kč; Böhm. Industrialbank mit 100 Mill. Kč, bezw. 1646 Mill. Kč; Ceska banka mit 50 Mill. Kč, bezw. 504 Mill. Kč; Länderbank mit 120 Mill. Kč, bezw. 1280 Mill. Kč; Moravska banka mit 70 Mill. Kč, bezw. 1955 Mill. Kč; Anglo-Tschechoslowakische Bank mit 120 Mill. Kč, bezw. 2920 Mill. Kč; Legiobank mit 70 Mill. Kč, bezw. 1180 Mill. Kč; Zivnostenska banka mit 240 Mill. Kč, bezw. 5040 Mill. Kč; Böhm. Escomptebank u. Creditanstalt mit 170 Mill. Kč, bezw. 2450 Mill. Kč; Böhm. Unionbank mit 150 Mill. Kč, bezw. 2580 Mill. Kč. Insgesamt weisen die angeführten Banken, die von Bedeutung für die Industrie sind, ein Eigenkapital von 1200 Mill. Kč und ein

Verwaltungskapital von 21.100 Mill. Kč aus. Mit Ausnahme der beiden letzten Banken, deren Verwaltung tschechisch-deutsch ist, sind alle als tschechisch zu bezeichnen.

Demgegenüber stehen zwei rein deutsche Institute: Die Deutsche Agrar- und Industriebank mit einem Eigenkapital von 48 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 490 Mill. Kč; die Kreditanstalt der Deutschen mit 36 Mill. Kč, bezw. 840 Mill. Kč; zusammen demnach 84 Mill. Kč Eigenkapital und 1330 Mill. Kč Verwaltungskapital.

Aus den Ziffern dieser beiden Bankengruppen ergibt sich ein großer Teil der Tragik des sudetendeutschen Wirtschaftslebens. Wenn wir die Verwaltungsziffern der Vorkriegszeit und jene von heute einer Betrachtung unterziehen, so ist kaum anzunehmen, daß eine Verarmung der deutschen und eine Bereicherung der tschechischen Bevölkerung in einem solchen außergewöhnlichen Maße vor sich gegangen ist. Der Unterschied ist vielmehr dadurch zu erklären, daß große Summen deutschen Kapitals Instituten anvertraut worden sind, von denen man keine besonderen Interessen für die sudetendeutsche Wirtschaft innerhalb der tschechoslowakischen Wirtschaft erwarten kann. Dadurch änderte sich naturgemäß der Einfluß bei den von diesen Anstalten geführten Unternehmungen.

[126] Von den einst ganz deutsch geführten Unternehmungen seien aus der Großindustrie einzelne Beispiele angeführt: Die Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft gehörte zur Interessensphäre der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Böhmischen Escompte-Bank. Sie stand bis zum Umsturz unter der Leitung Generaldirektors Kestranek, im Verwaltungsrat waren als Präsident Friedrich Wannieck, Vizepräsident D. Karl Kupelwieser, Karl Wolfrum, Graf Heinrich Clam-Martinic, Max Feilchenfeld, Karl Fürstenberg usw. vertreten. Nunmehr ist Dr. Adolf Stransky Präsident, und Direktor Heinrich Belohribek (Zivno) sowie Otto Feilchenfeld sind Vizepräsidenten der Gesellschaft. Der Einfluß der Zivno ist gegenüber allen anderen Beteiligungen am stärksten, was auch in dem Personalwechsel der Direktion zum Ausdruck kam. Die Zentraldirektion wurde nach Prag verlegt. Generaldirektor Kestranek wurde veranlaßt, seinen Posten zur Verfügung zu stellen. Als sein Nachfolger wurde der ehemalige technische Direktor Ing. Zdenko Horschovsky ernannt. Alle leitenden deutschen Beamten wurden zum größten Teil entweder pensioniert oder entlassen. Ing. Horschovsky war zwar ein geborener Tscheche, er hat sich jedoch den Deutschen gegenüber stets loyal benommen und spielte nach dem Kriege eine große Rolle in der Prager deutschen Gesellschaft. Er scheint der Zivnostenska banka in nationalen Belangen nicht genug verläßlich gewesen zu sein, weshalb Dr. Joh. Matys als sein Stellvertreter berufen wurde mit der Aufgabe, den Tschechen den entsprechenden Einfluß zu sichern. Das hat er, mit dem ebenfalls erst nach dem Umsturz eingetretenen Sekretär Dr. Zdenko Maloch, der es inzwischen zum Direktor gebracht hat, zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber durchgeführt. - Als vor einigen Jahren Generaldirektor Ing. Zdenko Horschovsky aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten mußte, wurde Ing.

Sykora von den Skodawerken zum Leiter der Gesellschaft bestellt. Bei seinem Eintritt war alles vom tschechischnationalen Standpunkt aus schon in bester Ordnung.

Die Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft war vor dem Kriege eine Domäne der österreichischen Bodenkreditanstalt, deren Präsident Dr. Rudolf Sieghart auch Präsident der Gesellschaft war. Durch die Übernahme des Majoritäts-Aktienpaketes durch die französische Gruppe Schneider-Creuzot und die Zivnostenska banka ist die Gesellschaft, die vormals von Generaldirektor Georg Günther, der später Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen war, geleitet wurde, ganz in das tschechische Fahrwasser gekommen. Alle deutschen Beamten (bis auf wenige Ausnahmen) wurden pensioniert oder entlassen, im Direktionsstab war vor dem Kriege schon Direktor Rejholec (ein Tscheche), der belassen wurde. An Stelle Günthers wurde Generaldirektor Krulisch-Randa berufen. Dadurch, daß in der allerletzten Zeit die Berg und Hütten die Majorität der Eisenwerke-Aktiengesellschaft Rothau-Neudek erworben hat, wird auch dieses Unternehmen, das vorläufig von Generaldirektor Ing. Doderer geleitet wird, eine Metamorphose in nationaler Hinsicht mitmachen. Weiter wäre noch die Maschinenfabrik ehemals Breitfeld & Daniek, die von der Böhmisch-Mährischen Kolben-A.-G. aufgesaugt wurde, anzuführen. Die Ringhoffer-Werke in Smichow stehen zwar schon ganz unter dem Einfluß der Zivnostenska banka, wodurch auch die Zusammensetzung des Beamtenkörpers eine starke Veränderung erfuhr, weil das Werk auf [127=Fotos] [128] Staatsaufträge angewiesen ist. Die Skodawerke hatte im Jahre 1913 einen aus deutschen Mitgliedern zusammengesetzten Verwaltungsrat. An der Spitze stand als Präsident Julius Blum, Max Feilchenfeld als Vizepräsident, Leopold Graf Auersperg als zweiter Vizepräsident. Mitglieder waren: Theodor Hoffmann (ehemaliger Direktor der Escomptebank), Dr. Leonhart von Schweigert, Karl Ritter von Skoda, Dr. Alexander Spitzmüller, Josef Talezky, Hugo Urban, Franz Wellner, Generaldirektor Karl Ritter von Skoda. Heute besteht der Verwaltungsrat aus nachstehenden Mitgliedern: Josef Schimonek (Präsident), Eugen Schneider-Paris (Vizepräsident), Dr. Jaroslaus Preiß (zweiter Vizepräsident), Jules Aubrun Pierre Cheysson, Dr. techn. h. c. Ing. Josef Donat, Prof. Dr. Karl Englisch, Dr. techn. h. c. Ing. Franz Hanusch, Wenzel Klement, E. Lapebie, Aime Leperq, Prof. Ing. Vladimir List, Dr. Karl Loevenstein, Armand Meggle, Dr. Emil Mirschicka, Ludek Pik, Dr. Hans Ringhoffer, Armand de Saint-Sauveur, Viktor Stoupal, Dr. Josef Scheiner, Generaldirektor Dr. Karl Loevenstein. Kommentar über die neue Zusammensetzung überflüssig.

Als Beispiel seien eine Reihe von Unternehmungen angeführt, die heute unter dem Einfluß der Zivnostenska banka, der größten tschechoslowakischen Bank überhaupt, stehen: Böhm. Zucker, Launer Zucker, Schoeller Zucker, Zuckerhandels-A.-G., Meinl-A.-G., Chmel-A.-G., Pilsner Aktien-Brauerei, Chemisch-therapeutische "Medica", Union-Chemische, Verein f. chem. und metall. Produktion, Kraluper Spiritus, Brüxer

Spiritus, Pardubitzer Spiritus, Stickstoff Mähr.-Ostrau, Synthesia, David Fanto Petrol, Helios-Zünder, Solo-Zünder, Westböhm. Kaolin, Königshofer Zement, Elektro-Kolben, Wichterle & Kowarik, Prager Eisen, Poldihütte, Ringhoffer, Tatra, Homboker Eisen, Ostrak-Heizung, Cesko-Moravska-Kolben, Bondy-Eisen, Blechwalzwerk Karlshütte, Mannesmann, Metallwerke Mähr.-Ostrau, Stabenow, Zivno-Ferum, Telegrafia, Elektra-Glühlampen, Berg & Hütten, Böhm. Handels, Ferd. Nordbahn, Csl. Elbeschiffahrts-A.-G., Csl. Donauschiffahrts-A.-G., Hernych-Textil, Mautner Textil, Cosmanos, Böhm. Glanzstoff, Mundus-Bugholz, Böhm. Aktien-Fourniere, Moldavia-Generali, Sekuritas und viele andere.

Die Zuckerindustrie, Montan-, Bergbau-, Eisen-, Textil-, Chemische, Spiritus- und andere Industrie oder beinahe alle Zweige des Wirtschaftslebens sind dem deutschen Kapitaleinfluß entzogen. Es kann auch nicht anders sein, wenn wir die Ziffern der rein deutschen Geldverwaltung von 1,3 Milliarden Kč den Ziffern der tschechischen oder utraquistischen Geldverwaltung von 21 Milliarden Kč gegenüberhalten. Es ist dann auch nicht verwunderlich, wenn deutsche Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, der Handelsakademiker, Chemiker, Techniker, Ingenieure usw., die früher in der Wirtschaft ihr Unterkommen fanden, heute ganz besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Bedeutung eines Nationalitätenwechsels geht aber über die unmittelbar betroffene Industrie, Arbeiter- und Beamtenschaft hinaus und erfaßt auch noch große und bedeutende Lieferantenkreise, wie Baufirmen usw. Auf diese Weise wird die Einflußsphäre ungeahnt groß.52

[129] Die Besitzveränderung und industrielle Kräfteverschiebung kommt aus der folgende Gegenüberstellung und Berechnung zum Ausdruck.

Bei einer Zählung des statistischen Staatsamtes in Prag gab es 1926 in der Tschechoslowakei 12.498 industrielle Betriebe, von denen

1	bis	100	Arbeitnehmer	. . . .	10.293	Betriebe
100	bis	250	"	. . . .	1.218	"
250	bis	2500	"	. . . .	972	"
	über	2500	" .	. . . . . .	15	"

beschäftigten.

Nach Mitteilungen des tschechoslowakischen Fürsorgeministers Dr. Meißner (tschechischer Sozialdemokrat) im sozialpolitischen Ausschuß des Prager Parlamentes im November 1934 gab es:

1928	. . . .	11.803
1934	. . . .	11.159

industrielle Unternehmen.

Der Rückgang an Betrieben, der durch Betriebseinstellungen zu erklären ist, beträgt also in der Zeit von 1926 bis 1928 695 Betriebe.

Seit 1928 wurden abermals 644 Betriebe aus der Evidenz gestrichen, weitere 1158 arbeiteten nicht, und Dr. Meißner selbst bemerkt, daß es unsicher ist, ob sie in Zukunft wieder in Gang kommen werden. Die von ihm genannten Ziffern enthalten weitere neue errichtete Unternehmen, so daß die von ihm angegebenen Verlustziffern der Industrie in Wirklichkeit bedeutend höher sind.

Im Jahre 1918 gab es 10.718 Betriebe. Nach deutschen und tschechischen Angaben betrug der nationale Anteil der Deutschen 80%, der der Tschechen 20%.

Im Jahre 1926 wurden 12.498 Betriebe gezählt. Da man den heutigen Besitzstand der Sudetendeutschen an der Industrie mit 40% beziffert, so kann man annehmen, daß er 1926 etwa 60% betragen hat.

Ende März 1934 gab es 11.159 industrielle Unternehmen. Also ergibt sich folgende Bilanz:

1918: 10.718 Betriebe,davon		8574 d. s. 80% deutsch
	und	2144 d. s. 20% tschechisch
1926: 12.498 Betriebe,davon		7498 d. s. 60% deutsch
	und	5000 d. s. 40% tschechisch
1934: 11.159 Betriebe, davon		4463 d. s. 40% deutsch
	und	6696 d. s. 60% tschechisch

Seit 1918 haben die Sudetendeutschen verloren: 4111 Betriebe
Seit 1918 haben die Tschechen gewonnen: 4552 Betriebe.

Diese errechneten Ziffern dürften den tatsächlichen Verhältnissen vollkommen entsprechen.

[130] Wenn es möglich war, während der allgemeinen Wirtschaftskrise die Zahl der tschechischen industriellen Unternehmen zu erhöhen, während es zu einer reihenweisen Ausschaltung der deutschen Produktion aus dem industriellen Prozeß kam, so beweist diese Tatsache zur Genüge, daß das sudetendeutsche Industriesterben weniger eine Folge der allgemeinen

Wirtschaftsdepression, als vielmehr die Folge der planmäßigen tschechischen Autarkiepolitik gegenüber der sudetendeutschen Wirtschaft war.

